Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A., Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13353, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 5—6 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil mm 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Montag den 8. März 1926 — Nummer 56

Eine Viertelmillion Stimmen fürs Volksbegehren in Berlin

Wie uns aus **Berlin berichtet wird, ist die Beteiligung** am Volksbegehren **in den letzten zwei Tagen** in allen Teilen des Reiches **gewaltig gestiegen. In Berlin hatten sich in den** ersten beiden Tagen **etwa 86 000 Stimmberechtigte eingetragen.** Am Sonnabend **war die Beteiligung,** so meldet der „Montag-Morgen", **im allgemeinen um ein Drittel größer** als in den **vorhergegangenen Tagen. Die Beteiligung am** Sonntag war **noch wesentlich stärker. Nach Schätzungen ist** nunmehr mit den **gestern abgegebenen Stimmen die Zahl** der Eintragungen **in Berlin auf eine Viertel Million** hinaufgeschnellt. **Eine genaue Zahl über das Ergebnis der** gestrigen Einzeichnung **läßt sich jedoch nicht feststellen,** da das Berliner **Wahlamt gestern geschlossen hatte. Die bürgerliche Presse schreibt, daß am Sonntag mindestens 100 000** Personen in den **Einzeichnungslisten eingetragen wurden.** In den einzelnen **Abstimmungslokalen war besonders am** Sonntag **nachmittag der Andrang außerordentlich stark.**

Die von der demokratischen Parteileitung herausgegebene Parole hat, wie der „Montag-Morgen" berichtet, kaum nennenswerte Resonanz gefunden. Das Blatt schreibt, es sei charakteristisch, daß man in allen Stimmlokalen die Beobachtung machen konnte, daß sich die bürgerlichen Mittelschichten bisher relativ stark an der Einzeichnung beteiligten. Gerade in den Bezirken, wo das verarmte Rentnertum haust, herrscht in den Wahllokalen der regste Verkehr. **Auch die kleineren und mittleren Gewerbetreiber** beteiligen sich **stark an der Einzeichnung. Entgegen** der Parole der demokratischen Parteileitung hat eine Reihe demokratischer Persönlichkeiten, zu denen u. a. die Abgeordneten Reichle und Hermann, sowie Senatspräsident Kaufmann und Oberbürgermeister A. D. Duisberg gehören, einen sogenannten „Staatsbürgerlichen Ausschuß des Volksbegehrens" gegründet. Diese Gruppe veröffentlicht in der „Berliner Volkszeitung" einen Aufruf, in dem sie zur Unterschrift des Volksbegehrens auffordert. In der „Welt am Montag" schreibt der Generalsekretär der Demokratischen Jugend, Walter Scholz: **„Meine Warnung an die Jugend im ganzen Reich und nicht nur an die demokratische, sondern an die** [illegible], besonders **auch die im Windhorst organisierte Zentrumsjugend ist: Zeigt, daß ihr nicht nur die nötige politische Schulung habt, sondern sogar politisch und sozial ein besseres Urteil** fällen könnt als die älteren Parteifreunde. Seit dem 4. März liegen die Listen zum Volksbegehren aus. **Nicht ein einziger** wahlberechtigter Jugendlicher darf **seine Eintragung versäumen."**

Die Fürsten sind indes nicht untätig. Aus Amsterdam wird berichtet, daß vor wenigen Tagen in Doorn eine Sitzung verschiedener deutscher Fürsten u. deren Interessenvertreter stattfand, in welcher die Konteraktion gegen den Volksentscheid besprochen wurde. Wilhelm II. führte selbst den Vorsitz. Es wurden hohe Geldbeträge zur Beeinflussung der Presse und führender politischer Persönlichkeiten zur Verfügung gestellt. Daß es dem räuberischen Fürstengesindel gar nicht schlecht gehen kann, beweist folgende Meldung der „Neuen preußischen Kreuz-Zeitung": „Seine kaiserliche Hoheit, der deutsche Kronprinz, ist in Minusio (Schweiz) eingetroffen, wo er die Villa Recobella gemietet hat. Der Kronprinz gedenkt, einige Monate in Minusio Aufenthalt zu nehmen."

Die Hamburger Demokraten für das Volksbegehren

Hamburg, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorstand der Demokratischen Partei Hamburgs beschloß am Freitag, die Mitglieder, Anhänger und Wähler der Deutschen Demokratischen Partei zur Unterstützung des Volksbegehrens aufzurufen.

Massenbeteiligung trotz Sabotage

Stuttgart, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) **In den ersten** vier Tagen haben sich in Stuttgart über 12 000 Personen in die Listen für das Volksbegehren eingetragen. Die Stadtverwaltung hatte nur wenig Einzeichnungslokale zur Verfügung gestellt, die am Sonntag sämtlich überfüllt waren.

Ein gutes Beispiel

Wie uns heute morgen berichtet wurde, haben sich in dem kleinen Carlsbrunn bei Löbau von 147 Wahlberechtigten bis zum vergangenen Freitag allein 108 Wahlberechtigte eingetragen.

Reichstagsbeschluß gegen die Sabotage!

In der Sonnabendsitzung des Reichstages hatte die kommunistische Fraktion den Antrag eingebracht, in dem die Regierung aufgefordert wurde, die Sabotage des Volksbegehrens zu verhindern und gegen die schuldigen Beamten mit aller Strenge vorzugehen. Der Antrag wurde vom Genossen Bertz begründet, der auf die zahlreichen Sabotagefälle im ganzen Reiche einging und besonders die Rolle der Deutschnationalen und der Landbündler kennzeichnete. Redner protestiert vor allem gegen die zögernde Bereitstellung von Einzeichnungslokalen.

Als Antwort leistete sich der Innenminister Külz eine unerhörte Provokation. Ueber den berüchtigten Rundfunkvortrag des Ministerialdirektors Kaysenberg ist der demokratische Innenminister der Ansicht, daß er „vorsichtig und mit Takt" gehalten worden sei, und daß kein einziges Wort daran zu beanstanden wäre. Herr Külz lehnt es auch ab, einzuschreiten, wenn der Landbund an seine Mitglieder auch dort, wo sie Beamte sind, Aufforderungen zur Sabotage versende. (!) Trotzdem seien die Beamten natürlich verpflichtet, das Volksbegehren reibungslos durchzuführen.

Nach der sozialdemokratische Redner Crispien kritisierte diese Regierungserklärung und führte einige weitere Beispiele von Weigerung reaktionärer Gemeindevorsteher, die Listen auszulegen, an.

Nach ihm hielt der Deutschnationale Freytag-Loringhoven eine große Verteidigungsrede für die monarchistischen Beamten, die nach seiner Ansicht durchaus im Rahmen ihrer Rechte handelten. Ihm hat es besonders die „geschlossene Front der SPD. und KPD." angetan. „Neid und Mißgunst, der schwerste Charakterfehler des deutschen Volkes, kommen jetzt beim Volksbegehren zum Vorschein."

Nach einer kaisertreuen Rede des Völkischen Kube antwortete Genosse Stoecker auf die Verteidigungsversuche des Innenministers: **„Von dieser bürgerlichen Regierung sind keine durchgreifenden Maßnahmen zu erwarten. Die proletarischen Massen in Stadt und Land müssen selbst dazu übergehen, die behördlichen Maßnahmen zu kontrollieren, daß den monarchistischen Saboteuren Hören und Sehen vergeht."**

Darauf wurde ein von der SPD. eingebrachter, ähnlich wie der kommunistische lautende Antrag angenommen.

Dieser Beschluß des Reichstages ist natürlich keinerlei Gewähr für eine wirksame Verhinderung der gut organisierten Sabotage der Reaktion. Die Erklärung des demokratischen Innenministers zeigt nur zu gut, wie „ernst" es dieser Regierung mit der Einhaltung der Verfassung und einer geregelten Durchführung des Volksentscheids ist. **Nur die überall durchgeführte Kontrolle durch die Einheitskomitees ist eine Gewähr für die glatte Durchführung des Volksbegehrens.**

Freche Sabotageaktion

Die „Welt am Montag" berichtet, daß der Landrat im Kreis Einbeck in Hannover an die Gemeinden ein Schreiben gerichtet hat, in dem es heißt: „Wie mir mitgeteilt worden ist, sind von der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei an die Gemeinden Eintragungslisten betreffs eines Volksentscheids zur Fürstenabfindung gesandt worden. Ich weise darauf hin, daß die öffentliche Auslegung derartiger privater Listen durch die Gemeindebehörden unzulässig ist. gez. Engel."

Kommentar zu dieser frechen Sabotage des junkerlichen Landrats überflüssig!

Tagung des Völkerbundsrates

Luther und Stresemann in Genf

Die deutsche Delegation ist am Sonnabend abend mit dem Zuge ½9 Uhr **in Genf eingetroffen.**

Wie die heutige Morgenpresse meldet, haben am gestrigen Sonntag die ersten Unterredungen zwischen Chamberlain, Briand, dem belgischen Außenminister Vandervelde, dem italienischen Delegierten Scialoja und den deutschen Delegierten Dr. Luther und Stresemann stattgefunden. Die Unterredung, die etwa 3½ Stunde dauerte, ist nach einem offiziellen Kommuniqué ergebnislos verlaufen. Nach einer Meldung der schweizerischen Telegraphen-Agentur **sind Benneſch und Graf Skrzynski zu der Sitzung nicht eingeladen worden. Die Frage der Erweiterung des Völkerbundsrates soll bis zum September verschoben werden.**

Heute vormittag 11 Uhr soll der Völkerbundsrat zusammentreten, um die Tagesordnung festzulegen, und wird sich dann in einer geheimen Sitzung mit einer Reihe notwendiger Fragen beschäftigen.

Volksentscheid und Parlament

Von Th. Neubauer

Nachdem nun die erste Beratung der Anträge auf Enteignung bzw. auf Abfindung der früheren deutschen Fürsten im Rechtsausschuß des Reichstages abgeschlossen ist, wird es am Platze sein, das Ergebnis dieser Beratungen festzustellen und ihre Bedeutung für die Volksentscheidbewegung zu würdigen. Man muß in den Beratungen des Reichstagsausschusses zwei Perioden unterscheiden, eine erste Periode, in der sich der Ausschuß damit abgab, das Material über die Ansprüche der Fürsten und den bisherigen Verlauf der Abfindungen und Auseinandersetzungen zusammenzustellen, und eine zweite Periode, wo der Kompromißantrag der Fürstenparteien im Mittelpunkt der Beratungen stand und wo es sich für diese Parteien also darum handelte, wie sie am besten die Massenbewegung des Volkes auf ein totes Gleis schieben, oder wenigstens nach Kräften sabotieren könnten.

Bei der Zusammensetzung des Deutschen Reichstages und seiner Ausschüsse und bei der bekannten Haltung der bürgerlichen Parteien war es von vornherein ausgeschlossen, von ihnen eine Regelung der Fürstenfrage zu erwarten, wie sie die Volksmassen fordern [illegible]. Deshalb lag für die kommunistischen Vertreter das Schwergewicht der Arbeit auf jener ersten Periode der Tatsachenermittlung. Durch unsere unermüdliche Fragestellung, Anträge und Beziehung eines umfangreichen nichtamtlichen Materials wurden die anfangs widerstrebenden Regierungen veranlaßt, immer mehr Material herbeizutragen. Die unerhörten Tatsachen, die dabei zutage gefördert wurden, inzwischen allgemein bekannt geworden, haben der Vertiefung und Ausbreitung der Volksbewegung für die Enteignung der Fürsten ganz außerordentliche Dienste geleistet. Gegenüber sozialdemokratischen Darstellungen muß festgestellt werden, daß es gerade die kommunistischen Vertreter im Rechtsausschuß waren, die das meiste zur Aufhellung des ungeheuerlichen Fürstenskandals taten, wie sie es ja auch waren, die die beste und — bei allen Lücken — vollständigste Zusammenstellung über den Umfang der fürstlichen Ansprüche lieferten.

In der zweiten Periode der Ausschußberatungen drehte sich die Debatte um die von den Parteien gestellten Anträge, d. h. nach schneller Ablehnung des kommunistischen Antrages, im wesentlichen um den Antrag der Demokraten und um den Kompromißantrag von Demokraten, Zentrum, Volkspartei, Bayern- und Wirtschaftspartei.

Der demokratische Antrag sah bekanntlich eine Abfindung der Fürsten nach dem Grundsatze der „Billigkeit" vor, wollte aber die Abfindung den einzelnen Ländern überlassen und nur für einige Punkte Vorschriften geben. Es ist klar, daß damit in Bayern, Württemberg, Braunschweig, Thüringen u. a. m., wo ausgesprochen monarchistische Regierungen sind, gar nichts, in den übrigen Ländern sehr wenig an dem skandalösen Zustand von heute geändert würde. Wenn trotzdem dieser demokratische Antrag den übrigen bürgerlichen Parteien noch nicht reaktionär genug war, so nur deshalb, weil er ja die Frage als eine politische und vor dem Forum der Oeffentlichkeit der Parlamente zu entscheidende bestehen ließ. Dadurch fürchteten die Fürstenknechte eine weitere Aufregung der empörten Volksmassen. Sie wünschten deshalb, diese Frage überhaupt aus der Oeffentlichkeit heraus und vor das geheime Forum eines Gerichtshofes zu bringen. Die Demokraten, bei ihrer allbekannten Jämmerlichkeit, gingen auf das Kompromiß ein, und so kam der neue Antrag, der „Kompromißantrag" der Parteien für die Abfindung der Fürsten, zustande.

Der Kern dieses „Kompromißantrages" bestand in dem Gerichtshof, der über die Streitigkeiten zwischen den ehemaligen Fürsten und ihren früheren Ländern zu entscheiden haben soll. **Er soll zusammengesetzt sein aus dem Präsidenten des Reichsgerichts als Vorsitzenden und 8 weiteren Richtern aus den Reihen der höchsten (also auch reaktionären) Justizbeamten, die der Reichspräsident (Hindenburg) auf Vorschlag der Reichsregierung zu ernennen hat.** Alle schon einmal geregelten Auseinandersetzungen (wie Bayern, Braunschweig usw.) **bleiben ruhen;** alle **fürstlichen Privateigentumstitel sind zu respektieren;** über den strittigen Rest findet dann ein „billiger Ausgleich" statt. Mit anderen Worten: ⅔ der Fürstenansprüche von 2½ bis 3 Milliarden werden von vornherein befriedigt, nur über das letzte Viertel bleibt zu entscheiden. Es war vorauszusehen, daß dieser Kompromißantrag bei seiner unzweideutigen Verteidigung der Fürsteninteressen gegenüber den Volksinteressen in den weitesten Kreisen des Volkes entrüstete Ablehnung erfahren würde. Selbst in der demokratischen und in der Zentrumspartei rebellieren die Mitglieder offen gegen diesen schamlosen Antrag. In den Massen aber hat er die Erbitterung über die fürstlichen Räuber und ihre parlamentarischen Knechte noch mehr gesteigert.

Es war die Frage, wie sich die Parteien, die hinter der Volksentscheidbewegung stehen, zu diesem Kompromißantrag verhalten würden. Sonst ist es üblich, selbst zu ausgesprochen reaktionären Anträgen Abänderungsanträge zu stellen, um ihnen die schlimmsten Giftzähne auszubrechen. Diesmal jedoch war die **Lage eine andere. Denn das Schwergewicht lag ja gar nicht im Parlament — wo nicht das geringste zu erreichen war —, sondern draußen in der Massenbewegung.** Diese aber konnte durch

liche Abänderungsanträge höchstens geschwächt und in Verwirrung gebracht werden. Deshalb beschloß die Kommunistische Partei, von allen Abänderungsanträgen abzulehnen, um auch jeden leisesten Schein zu vermeiden, als ob an dem Fürstenkompromiß irgend etwas zu verbessern wäre, und ihm eine schroffe Ablehnung entgegenzustellen.

Anders die Sozialdemokraten! Sie stellten nicht nur ihre Abänderungsanträge, sondern erklärten sich ausdrücklich zur „positiven Mitarbeit" mit dem Zweck der „Verbesserung" des Kompromißantrages bereit. Ja, ihr Vertreter Landsberg erklärte sogar, **er könne sich denken, daß man (das heißt doch: die SPD.) auf einen allgemeinen Volksentscheid verzichten könne, wenn der Kompromißantrag verbessert würde."** Die nächstige Folge war: die Fürstenparteien jubelten, daß die SPD. jetzt hinsichtlich des Volksentscheids wankend geworden sei und aus der Front mit den Kommunisten herauswolle. Und diese Ermutigung der Feinde war nur die eine Seite; die andere war eine Verwirrung in den Massen selber. Es war also prompt das eingetreten, was wir von einer solchen Haltung befürchtet hatten. Was nützte es nun, daß die SPD.-Fraktion unter dem Druck der Arbeiterschaft im Rechtsausschuß nach einigen Tagen von Landsberg und seiner „persönlichen" Meinung abrückte. Das Unglück war geschehen und konnte nur durch die Massen selber wieder gut gemacht werden, indem sie allen solchen Sabotageversuchen energisch entgegentrat. Und dies geschah mit erfreulicher Deutlichkeit!

Bei dem Charakter des Kompromißantrages konnte eine „Mitarbeit", wie sie die Sozialdemokratie nun übte, auf nichts anderes als eine Hanswursterei hinauskommen. Sie konnte beantragen, hier ein paar Worte hinzuzufügen, dort ein paar Worte zu streichen; aber an dem Kern dieses volksfeindlichen Antrages konnte sie nichts ändern. Zwei Beispiele für diese sozialdemokratische Mitarbeit. In Paragraph 3 des Kompromißantrages heißt es, daß da, wo ein Land auf den Besitz von Theatern, öffentlichen Schlössern, Sammlungen usw. Wert legt, diese Gegenstände dem Lande, natürlich nur im Austausch gegen gutes Domänenland oder gewinnbringende Forsten, zugesprochen werden sollen. Dazu stellen die Sozialdemokraten auf Nr. 155 der Anträge folgenden herrlichen Antrag:

„Im Paragraph 3 Ziffer 2: 1. nach dem Wort „Schlösser" einzufügen „mit Inventar"; 2. nach dem Wort „Theater" einzufügen „mit dem Theaterfundus"; 3. nach dem Wort „Sammlungen" einzufügen „Archive und Bibliotheken".

Also um solche Dinge riskiert man die Verwirrung der Massen. Ein anderes Beispiel, auf das die Sozialdemokraten sehr stolz sind, so daß sie über die Kommunisten, die nicht für diesen Antrag stimmten, großes Zetergeschrei erhoben: In diesem Antrag Nr. 157 verlangten sie, daß die 8 Fürstenrichter **nicht vom Reichspräsidenten, sondern vom Reichstag zu bestellen seien. Als ob nicht die Mehrheit des Reichstages dieselben monarchistischen Richter bestellen würden, wie der Herr Hindenburg.** Die Weltmassen, die diese Reichstagsmehrheit seit mehr als einem Jahr in Zoll- und Steuerraub, in Erwerbslosen- und Beamtenfragen usw. als eine absolut reaktionäre kennen gelernt haben, können über den parlamentarischen Kretinismus der sozialdemokratischen Abgeordneten, die auf diese Mehrheit noch Hoffnungen zu hegen scheinen, nur lachen!

Das Ergebnis dieser sozialdemokratischen „Mitarbeit" war, daß alle ihre Anträge mit 18 gegen die 7 Stimmen der SPD. abgelehnt wurden, während sich die 3 Kommunisten aus den oben angeführten Gründen des Protestes gegen das sozialdemokratische Verwirrungsmanöver der Stimme enthielten.

Die feste Haltung der Kommunisten, die von Anbeginn den Kern der Volksentscheidbewegung bildete, hatte inzwischen zur Folge, daß nicht nur die Landsbergerei schnell überwunden, sondern die Bewegung auch in den demokratischen Wählermassen des Kleinbürgertums so stark wurde, daß sich die Parteileitung der Demokraten vor die Frage gestellt sieht, ob sie nicht durch ihre Beteiligung an dem Fürstenkompromiß allzuviel ihres politischen Anhangs einbüßt. Man muß sich dabei erinnern, daß der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Koch, seinerzeit als Reichsinnenminister die Strafexekution gegen die Gothaer unabhängige Landesregierung und Landesversammlung aus keinem anderen Grunde unternommen hatte, als den, daß in Gotha der frühere Herzog durch Landesgesetz enteignet worden war. Wenn solche ausgemachten Reaktionäre schon „weich" geworden sind, so ist das ein neuer Beweis für die außerordentliche Stärke der Massenbewegung.

Nun, wo die Listen zum Volksbegehren aufgelegt werden, zeigt sich offen, mit welcher ungeheuren Sabotage wir zu kämpfen haben. Aus allen Teilen des Reiches laufen fortgesetzt Meldungen ein, daß die Auflegung in seiner Weise vorgenommen wird, die eine offene Sabotage darstellt. Aber noch gefährlicher ist die geheime Sabotage, die von allen reaktionären Kräften ausgeübt wird. Die Volksmassen lernen dabei, wie es um ihre schängedruckten „verfassungsmäßigen Rechte" bestellt ist. Je näher wir an die Endabstimmung herankommen, um so mehr wird sich diese Sabotage steigern. Wird aber dann diese Sabotage aufhören, wenn sich die Volksmassen für die entschädigungslose Enteignung ausgesprochen haben? — Keineswegs! Dann erst steht die Frage: Wer wird die Enteignung der Exmonarchen durchführen? Diese monarchistischen Regierungen? Und etwa mit ihrer monarchistischen Justiz oder Polizei oder Reichswehr? — Dann steht wiederum die alte Frage der politischen Macht! Und sie zu entscheiden, dieser Kraftprobe muß die Macht der Massenbewegung gewachsen sein!

Wie Jürgens Karriere machte

Ein gutes Werkzeug gegen die Kommunisten

Der „Amtliche Preußische Pressedienst" verbreitet folgende Darstellung:

„Landgerichtsrat Jürgens bestand am 10. Mai 1897 das Gerichtsassessorexamen und wurde mit Dienstalter vom 3. Mai 1906 zum Gerichtsassessor ernannt. Am 20. Dezember 1911 wurde er Landrichter in Insterburg und mit dem 16. Juni 1914 in gleicher Eigenschaft an das Landgericht in Essen a. d. Ruhr versetzt. Während des Krieges war Jürgens als Hauptmann der Reserve zunächst im Felde, sodann beim stellvertretenden Generalkommando des 10. Armeekorps in Hannover tätig und leitete dort die Spionageabwehrstelle. Nach Beendigung des Krieges war Jürgens im Jahre 1919 kurze Zeit im Preußischen Ministerium des Innern beschäftigt. Am 6. September 1919 wurde er als Amtsrichter an das Amtsgericht in Kassel versetzt. Nachdem er dort etwa 1 Jahr tätig gewesen war, wurde er mit der Leitung der beim Oberpräsidium Hessen-Nassau eingerichteten Meldestelle des Staatskommissars für die Ueberwachung der öffentlichen Ordnung betraut und übernahm kurze Zeit darauf die für das rheinisch-westfälische Industriegebiet eingerichtete Meldestelle des genannten Staatskommissars bei der Regierung in Düsseldorf. In dieser Stellung verblieb er bis zum 31. August 1922. Auf Grund der ihm von allen Seiten bezeugten guten Leistungen wurde er am 1. November 1922 zum Landgerichtsdirektor in Stargard in Pommern befördert und in gleicher Eigenschaft am 1. Januar 1923 an das Landgericht 3 in Berlin versetzt. In Stargard war er zugleich als Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik tätig.

Ueber die ihm zur Last gelegten strafrechtlichen Verfehlungen kann zurzeit nichts gesagt werden. Die Untersuchung schwebt noch."

In den preußischen Ministerien war man also über die Persönlichkeit Jürgens' genau unterrichtet. Es wird amtlich bestätigt, daß der sozialdemokratische preußische Minister Heine den Jürgens zuerst in den Dienst der Republik übernahm. Die „allseitig anerkannten" guten Leistungen, auf Grund deren Jürgens so rasch Karriere machte, bestanden in frechen Fälschungen über die Kommunisten.

Demokratische Stimmen für die Freilassung der Jürgens-Opfer

In der „Welt am Montag" schreibt Dr. Frosch zum Fall Jürgens: „Kann man annehmen, daß Jürgens, der sich in Hannover als ein sadistischer Wüterich benahm und sich als Untersuchungsrichter in Stargard als gemeiner Verbrecher entpuppte, gerade in der dazwischen liegenden Zeit als Untersuchungsrichter am Staatsgerichtshof sich wie ein Ehrenmann betätigte? Das wäre eine geradezu phantastische Unterstützung gegen den Nachweis über die Struppelosigkeit, mit dem man Material zusammentrug, auf das sich denn die Justiz bei ihren Urteilen stützte. Es kann diesem Untersuchungsrichter nun und nimmer guter Glaube, Redlichkeit und Gerechtigkeit zugebilligt werden, denn allzu deutlich treten seine wahren Grundzüge hervor. Die Sucht, in die Höhe zu kommen, bestimmten seine Urteile, die auf Grund seiner Ermittelungen gefällt wurden. Sie müßten unter allen Umständen kassiert, die Opfer dieses Verbrechers sofort befreit und die Prozesse, wenn es heute noch nötig, nochmals von reinen Händen geführt werden."

Dresdens antimonarchistischer Sonntag

Der gestrige Sonntag war ein wuchtiger Auftakt für die Aufrüttelung der Säumigen durch die Feinde der Monarchisten. An der Spitze marschierten die Kommunisten, die eine Kundgebung im großen Volkswohlsaale abhielten. Diese Versammlung, die trotz des in den Vormittagsstunden niedergehenden Hagels überfüllt war, bildete gleichzeitig den Abschluß der internationalen Frauenwoche. In dem prächtig mit roten Fahnen und Emblemen geschmückten Saale sprachen eine Frauenvertreterin, ein Jungspartakusgenosse und ein Parteivertreter. Im Anschluß daran bildete sich ein wuchtiger Demonstrationszug. Eine große Anzahl Schilder und Plakate und unzählige Fahnen, die rotleuchtenden Kopftücher der zahlreich vertretenen Frauen belebten das Bild des Zuges. 3 große Lastautomobile mit aufreuernden Riesenschriften gegen die Fürsten und für das Volksbegehren, die der Konsumverein „Vorwärts" zur Verfügung gestellt hatte, bildeten das Rückgrat des Zuges. Bis nach Neustadt marschierten die Kolonnen der Rufer im Streite, begleitet von einer großen Anzahl proletarischer Straßenpassanten. Am Alaunplatz wurde der Zug nach einer kurzen, dringlichen Aufforderung des Genossen Schneider, alles zum Eintragen zu bringen, um den Monarchisten den Willen des Volks deutlich zu demonstrieren, aufgelöst. Die kommunistischen Werbeautos, zu denen noch ein viertes des Südwester RFB. hinzukam, durchfuhren die Straßen der Stadt bis in die späten Abendstunden. Auch die SPD.-Arbeiter und proletarische Mitglieder des „Reichsbanner", die sich dem Befehl seiner Bundesleitung nicht fügten, hatten ebenfalls Propaganda-Autos des Konsumvereins bemannt und beteiligten sich ebenfalls an der Agitation. Brausende Rot-Front-Grüße erschallten jedesmal, wenn die kommunistischen Autos den anderen begegneten. Die Dresdner Monarchisten hatten einen verfolgenen Sonntag.

Der Sturz Briands

Paris, 6. März. (Eig. Bericht.) Nach einer erregten Debatte über die Steuervorlagen wurde die Regierung Briand am Ende einer Nachtsitzung um 8 Uhr morgens am Sonnabend gestürzt. Bei der Frage der Umsatzsteuer („Zahlungssteuer") stellte die Regierung die Vertrauensfrage, wobei sie mit 221 gegen 274 Stimmen in der Minderheit blieb. Gegen die Regierung stimmten geschlossen die Kommunisten, Sozialdemokraten und die Poincaristen. Die bürgerlichen Parteien des „Linkskartells" und die Mittelparteien (linker Flügel des Poincareblocks) stimmten für die Regierung. Briand hat scheinbar den Versuch unternommen, die indirekten Steuern von der Kammer durch ein Ueberrumpelungsmanöver annehmen zu lassen, indem er damit rechnete, daß die Sozialdemokraten, wohl mit Rücksicht auf die bevorstehenden Genfer Verhandlungen, sich zum mindesten der Stimme enthalten würden. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß Briand diesen Sturz unmittelbar vor den Völkerbundsverhandlungen selbst herbeiführen wollte, um in Genf mit ungebundenen Händen zu erscheinen und auf keinerlei bindende Abmachungen eingehen zu müssen. Es lag nämlich ein Vertagungsantrag vor, durch dessen Annahme die Regierung das Mißtrauensvotum vermieden hätte. Es drängt sich auch noch die Frage auf, ob nicht die Poincaristen, die Briand schon einmal während der Konferenz in Cannes vor einer wichtigen außenpolitischen Entscheidung gestürzt haben, auch diesmal diesen Sturz herbeiführten, weil sie mit dem englisch-französischen Kompromiß unzufrieden sind.

Die innerpolitische Bedeutung der französischen Regierungskrise liegt im Wesen der Finanzkrise. Mit einem groß angelegten Plan will die französische Bourgeoisie mit Hilfe der Inflation an die Stabilisierung herangehen. Mit den Methoden der Diktatur soll der Massensteuerraub durchgeführt werden. Der Sturz des Briand-Kabinetts, das sich auf das Linkskartell stützte, macht parlamentarisch den Weg frei für ein Rechtskabinett Briand. Als kommender Mann wird jetzt schon Briand genannt, der auch als Vertrauensmann der französischen Bourgeoisie nach Genf fährt.

Arbeitskalender

für die Durchführung des Volksbegehrens

1. **Vor jedem Eintragungslokal müssen ständig zwei Genossen zur Kontrolle, Auskunft und Agitation stehen.**
2. **Jeder Genosse, jeder Sympathisierende muß sich täglich sofort nach Arbeitsschluß (Erwerbslose schon vormittags) im Agitationslokal zur Agitationsarbeit melden.**
3. **Jedes Agitationslokal muß nach außen deutlich kenntlich sein Transparent: „Keinen Pfennig den Fürsten!", rote Fahnen, im Schaufenster Plakat: „Hier Agitationslokal der Kommunisten!" aushängen.**
4. **In jedem Geschäft muß das Plakat „Bekanntmachung zum Volksbegehren", sowohl im Laden als auch in den Schaufenstern, ausgehängt werden.**
5. **Am Sonntag muß jeder Genosse, jeder Sympathisierende zur Landagitation.**

Zentralkomitee der KPD.

An die Laterne!

Millionen sind in bitt'rer Not
Und ringen mühevoll ums Brot
In Städten, auf dem Lande.
Und dennoch hat die Fürstenbrut
Zum Gelderpressen noch den Mut,
Wie eine Räuberbande!

Der Krüppel zieht als Orgelmann
Und klagt die Hohenzollern an
Mit hilflos' Augen — blinden.
Und dennoch hört man immerfort
Alltäglich jetzt das schmutzig' Wort
Von Fürsten und Abfinden!

So wird von euch also belohnt
Daß wir euch damals so geschont
Und keinen aufgehangen!
Gerichtet — wie ihr all' verdient,
Damit die Freveltat gesühnt,
Die alle ihr begangen!

(Von einem Landarbeiter.)

Beschlagnahmt!

Auf Veranlassung des Oberreichsanwalts wurde in den letzten Tagen der große deutsche Schicksalsroman von Joh. R. Becher

„Levisite oder der einzig gerechte Krieg"

beschlagnahmt.

Dem Agisverlag wurde bis heute nicht mitgeteilt, aus welchen Gründen die Beschlagnahme erfolgte. Die Beamten, die die Beschlagnahme vorzunehmen hatten, erklärten, daß sie erfolge wegen Verleitung zum Hochverrat.

Jede Anklage gegen die verbrecherische kapitalistische Gesellschaft ist heute Hochverrat.

Der wirksamste Protest gegen diese Willkür ist, wenn alle Arbeiter nun erst recht die Bücher von J. R. Becher lesen. Darum kauft euch sofort die soeben erschienene Erzählung von J. R. Becher, „Der Bankier reitet übers Schlachtfeld", Preis 1.— Mk. Zu beziehen durch alle Literatur-Obleute und durch die Parteibuchhandlung.

Wilhelm läßt „dichten"!

Eine Hohenzollern-Druckschrift, „Der Aufrechte" benannt, die als „Informationsmaterial" unter der Devise: — „Wahrhaft, wehrhaft, furchtlos, treu — Mit Gott für Kaiser und Reich!" — an Abonnenten und Redaktionen mit der Aufforderung zur Propaganda und zum Nachdruck weitergegeben wird, bringt in ihrer Nummer 6 vom 25. Februar das besondere Mißvergnügen und die helle Wut der Handlanger und persönlichen Freunde aller Fürstenräuber über den Volksentscheid spaltenlang und drastisch zum Ausdruck.

Nachstehendes „Gedicht" z. B. konnte Wilhelm eigenhändig verfaßt haben. Wir geben es in voller Schönheit ungekürzt wieder. Es sollte mit dem nötigen Kommentar in allen, auch den kleinsten Betrieben an das schwarze Brett geschlagen werden.

Warnung!

Zum „Volksbegehren".

Fremdling, wenn du willst betreten
Schwarz-rot-gelber Leute Land;
Laß es! Deine Uhr geht stöten,
Denn sie fällt in Räuberhand.
Ungestraft, am hellen Tage
Hetzt man dort zu offnem Raub.
Rechtlichkeit — verklung'ne Sage —
Tritt man knotig in den Staub.

Mit der Geißel eiler Lüge
Peitscht man Mißgunst, Neid und Haß
„Raube, plünd're und betrüge!"
Gröhlt der Hehler fetter Baß.
Seigewarnt! Bei Hottentotten,
Kaffern, Menschenfresserpack
Leichter als bei solchen Rotten
Bleibt dir deine Uhr im Sack!

Heute dingen sie und mieten
Offen vor des Richters Haus,
Was sich findet von Banditen:
„Jieht die Fürsten nackend aus!"
Recht, Gesetz? Ein blödes Lachen
Tönt als Antwort weit und breit,
Horch, die Räubergilde krachen
Diebes-Vielgeschäftigkeit!

Dank? In Hunderten von Jahren
Schufen ihnen Heim und Herd
Diese Fürsten, wohlerfahren —
Dank? Ein Esel, den das schert!
„Raubt und plündert! Dann vergeudet!
Morgen? — Andre kommen dran!
Seht die Glocke, die dort läutet;
Drüber noch den Wetterhahn!"

Zettel her! Millionen Namen
Schreibt: „Der Kirchen altes Gut
Paßt in unsrer Tasche Rahmen!"
Ehrfurcht? Wiehernd lacht die Brut.
Uebermorgen? Seht den Schächer:
Hosen ohne Riß und Dreck!
„Zettel her!" Millionen Rächer
Stimmen ihm die Hosen weg!

Fremdling, führt dich deine Reise
In solch' holdes Paradies:
Laß dein gutes Uhrgehäuse
Vor den Toren! — Merk' dir dies.

R. HB-J.

Frage an den preußischen Ministerpräsidenten Herrn Otto Braun: Ist diese „humorvolle" Verleumdung des „schwarz-rot-gelben Landes" durch die wegen des Volksentscheids in Ekstase geratenen Herrschaften nicht schrecklich unbescheiden? Wem haben Sie, Herr Ministerpräsident, die „Hosen weggezogen"? Etwa dem kronprinzlichen Wilhelm auf Oels? Etwa all den Burschen, die nicht nur allein von der preußischen Staatsregierung seinerzeit weiland ins vorläufige Exil noch Millionen an Renten und Abfindungen nachgeschickt bekamen? Auch bei der entschädigungslosen Enteignung gibt es darum keine Möglichkeit mehr, die fürstlichen Banditen, wie sie es verdient haben, „nackend aus"zuziehen!

Vermehrung der asiatischen Handelspunkte der Union. Das Präsidium des obersten Wirtschaftsrates stellt in einem Bericht an den Rat für Arbeit und Verteidigung die Festigung der Handelsbedingungen zwischen Mittelasien und dem europäischen Ausland fest. Der Textiltrust steigerte seine Absatzpunkte im letzten Jahre von 10 auf 27, die Teeverwaltung von 8 auf 21, und das Rauchtabakkondikat verdoppelte die Anzahl seiner Handelspunkte.

Der Gegenzug des Herrn Blüher

Die „Sachsenstimme", das Organ der Deutschen Volkspartei in Sachsen, schreibt in ihrer letzten Nummer über die weitere Behandlung der sozialdemokratischen „Sprengungsanträge" im Sächsischen Landtag, daß es „dem erfahrenen Verwaltungsfachmann und Politiker, dem Abgeordneten Blüher, ein leichtes gewesen sei, die Anträge in 20 Fragen an die Regierung zu zerpflücken". Die „törichte Begründung" der Anträge durch die linken Sozialdemokraten habe diese Arbeit Herrn Blüher erleichtert. Nachdem das Blatt die 20 Fragen abgedruckt hat, kommt es zu folgendem Schluß:

„Mit diesen 20 Fragen wird der ganze Kautplatz bei in den sozialistischen Anträgen enthaltenen wirtschaftlichen, finanziellen und verwaltungsrechtlichen Probleme aufgerollt. Die Herren Antragsteller hatten sich bei Einbringung ihrer Agitationsanträge die Köpfe nicht zerbrochen über das Wie und Was. **Sie konnten deshalb nichts anderes, als den 20 Fragen zustimmen, so daß die Verhandlungen über die sozialistischen Anträge im Landtagsausschuß bis zu dem Zeitpunkt vertagt wurden, bis eine erschöpfende Antwort der Regierung vorliegt.** Daß eine solche bei dem gewaltigen Umfange des Gebiets nicht von heute auf morgen erteilt werden kann, und **daß später die Landtagsausschüsse die schwerwiegenden Beratungen auch nicht im Handumdrehen erledigen können,** ist wohl selbst einem Herrn Arzt klar. Dazu kommen die umfangreichen und bedeutsamen Steuervorlagen der Regierung und andere wichtige Gesetze, **so daß die Linkssozialisten mit ihren kindlichen Versprechungen auf Landtagsauflösung zu Anfang März nichts weiter erreicht haben, als den Kommunisten eine billige Agitationsmöglichkeit zu geben.** Wir bezweifeln die SPD. wahrlich nicht um solche weitblickende „Führer" ..."

Die Haltung der Linken im Sächsischen Landtag bei der Beratung ihrer Anträge erleichtert den bürgerlichen Parteien und zahlen Sozialdemokraten die Sabotage. Nach der Erklärung auf dem Landesparteitag der SPD. sollte ohne Rücksicht auf das Schicksal der Anträge der Landtag bis zum 4. März aufgelöst werden. Die Linken haben noch nicht einmal den Kampf um die Durchführung ihrer Anträge begonnen. Ja, die „Sachsenstimme" kann höhnisch feststellen, daß die Linken den 20 Fragen Blühers zustimmten, und damit den Gegenzug der Bürgerlichen erleichterten. Noch viel weniger haben die Linken energische Vorbereitungen zur Auflösung des Landtages getroffen. Die Passivität und Schwäche der Linken wird von den Rechten täglich mit neuen Verstößen beantwortet. Die Rechten pfeifen auf alle Beschlüsse und machen, was sie wollen. Das hat man wieder einmal gesehen bei der Abstimmung über die Einstellung von Gefängnisgeistlichen und über das Verbot der kommunistischen Presse in den Gefängnissen. Trotz eines Beschlusses der Fraktion, gegen die Einstellung der Gefängnisgeistlichen und für die Aufhebung des Verbots der kommunistischen Presse in den Gefängnissen zu stimmen, haben sich **die Rechten der Abstimmung enthalten und dadurch die Ablehnung der Anträge ermöglicht.** Diese Abstimmung ist ein Vorspiel dafür, wie die Rechten sich bei der endgültigen Beratung und Verabschiedung der sozialdemokratischen Anträge verhalten werden. Die Fraktion ist wieder auseinandergebrochen. Die sozialdemokratischen Führer in Sachsen sind so durcheinander, daß es da nichts mehr zu leimen gibt. Es wird Zeit, daß die sozialdemokratischen Arbeiter mit diesem Theater endlich Schluß machen.

Das kaiserliche Meßamt

Das Leipziger Meßamt hat die fabelhafte Pleite der diesjährigen Frühjahrsmesse hinter einem tollen nationalistischen Rummel zu verbergen gesucht. Der nationalistische Einschlag in der Leitung des Leipziger Meßamtes besteht nicht erst seit heute und gestern. Er kommt aber bei jeder neuen Veranstaltung und Kundgebung des Meßamtes immer sichtbarer zum Ausdruck. Ganz toll war es, wie gesagt, diesmal anläßlich des Hindenburgbesuches. Die antibolschewistische Einstellung des Meßamtes trat bei dieser Gelegenheit deutlich in Erscheinung. Zum Besuch der Messe wurden dem **Sächsischen Landtag** Einladungen und Meßabzeichen zur Messebesichtigung zugeschickt. **Die kommunistische Fraktion des Sächsischen Landtages erhielt jedoch weder Einladungen noch Meßabzeichen.** Das kaiserliche Meßamt in Leipzig ließ der Landtagskanzlei erklären, **daß die kommunistischen Fraktionen des Landtages und des Leipziger Stadtverordnetenkollegiums keine Einladungen und Meßabzeichen erhielten.**

Die lächerliche Borniertheit, die in dieser Stellungnahme des Meßamtes zum Ausdruck kommt, hat dazu beigetragen, die es hier nicht hochwertige Intelligenz des Leipziger Meßamtes in noch hellerem Lichte erstrahlen zu lassen. Ein Amt, das sich täglich in anmaßender Weise als Organisator des Welthandels anpreist, versucht mit den Mitteln eines blöden provinzialen Gutsherrchens den Kommunismus zu bekämpfen. Dabei merkt die Leitung des kaiserlichen Meßamtes nicht einmal, wie lächerlich sie sich durch ihre Nadelstichpolitik macht.

Der sozialdemokratische Landtagspräsident Winkler, der sich bei der kleinsten Gelegenheit die „Würde des hohen Hauses" pflegt, hat natürlich nicht gewagt, gegen die deutschnationale Politik des Meßamtes zu protestieren. Der Händedruck des „Retters" Hindenburg anläßlich des Besuches in Dresden, wirkt bei dem kleinen Winkler immer noch nach.

Die Arbeiterschaft aber kann ersehen, zu welchem Zweck ihre Steuergelder verwendet werden. Das Meßamt wirtschaftet so miserabel, daß es nicht einmal imstande ist, sich aus eigenen Kräften zu erhalten und beständig hohe Zuschüsse durch den Landtag und die Stadt Leipzig erfordert. Wir empfehlen dem kaiserlichen Meßamt, zum nächsten Male eine Abteilung „Antibolschewismus" einzurichten. Vielleicht eignen sich hierzu die Geschäftsräume des Meßamtes am ehesten.

Heraus mit den Opfern des Verbrechers Jürgens

Die kommunistische Landtagsfraktion hat im Landtag folgenden Antrag eingebracht:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen:

1. Bei der Reichsregierung hinzuwirken, daß sämtliche Verfahren des Staatsgerichtshofes, bei denen der Untersuchungsrichter Jürgens direkt mitgearbeitet hat oder an die Untersuchungsrichter Material lieferte, sofort im Wiederaufnahmeverfahren nachgeprüft werden.
2. Daß den verurteilten und noch in Untersuchungshaft befindlichen Kommunisten bis zum Abschluß des Wiederaufnahmeverfahrens Strafaussetzung gewährt wird.
3. Daß auch die gesamte richterliche Tätigkeit des Untersuchungsrichters Vogt einer genauen Nachprüfung unterzogen wird.

Dresden, am 3. März 1926. Böttcher und Genossen."

Rückforderung zuviel gezahlter Lohnsteuerbeträge

Von Emil Höllein, M. d. R.

Bis zum 30. April 1926 können Lohnsteuerpflichtige bei ihrem zuständigen Finanzamt den Antrag auf Rückerstattung zuviel gezahlter Lohnsteuern stellen, wenn ihnen im Kalenderjahr 1925

a) Lohnsteuer einbehalten worden ist;
b) weniger als 880 Mark als steuerfreier Lohnbetrag zugebracht worden ist und
c) infolge von Krankheit, Streik oder Aussperrung, Kurzarbeit, Erwerbslosigkeit, Saisonarbeit ein Verdienstausfall entstanden ist.

Alle drei Voraussetzungen müssen nebeneinander vorliegen. Dies gilt nicht für veranlagungspflichtige Lohn- oder Gehaltsempfänger. Veranlagungspflichtig ist man dann, wenn man im Jahre 1925 mehr als 860 Mark Jahreseinkommen hatte oder neben seinem Arbeitseinkommen sonstiges Einkommen von mehr als 500 Mark bezogen hat. Hier wird ein Verdienstausfall bei der Veranlagung berücksichtigt.

Für die Rückerstattung sind Wochenpauschsätze festgesetzt. Für je eine Woche gleich 6 volle Arbeitstage des Verdienstausfalles werden erstattet:

a) für einen Ledigen oder kinderlos Verheirateten 2 Mk.,
b) für einen Verheirateten oder Witwer mit einem oder zwei Kindern 2,50 Mk.,
c) für einen Verheirateten oder Witwer mit mehr als zwei Kindern 3 Mk.

Diese Pauschwochensätze erhöhen sich für Kriegs- oder Zivilgeschädigte, die mehr als 25 Prozent erwerbsbeschränkt sind, um den Hundertsatz der Erwerbsbeschränkung. Sie würden z. B. bei 40prozentiger Erwerbsbeschränkung betragen a) 2,80 Mk., b) 3,50 Mk und c) 4,20 Mk. für jede Woche des Verdienstausfalles.

Dem Lohn- oder Gehaltsempfänger oder dem Heimarbeiter, der im Kalenderjahr 1925 **bis zu 860 Mark verdient hat,** ist die gesamte einbehaltene Lohnsteuer zu erstatten.

Kurzarbeiter können nur dann einen Antrag auf Erstattung stellen, wenn ihnen die 860 Mark steuerfreier Lohnbetrag nicht voll zugute gekommen sind.

Erstattet wird als Höchstbetrag die Summe des im Jahre 1925 überhaupt einbehaltenen Lohnsteuerbetrags.

Für den Familienstand gilt der 10. Oktober 1925 als Stichtag.

Eine Erstattung findet nur auf mündlichen oder schriftlichen Antrag statt.

Der Antrag ist sofort beim zuständigen Finanzamt zu stellen. Bei der Stellung des Antrages ist nachzuweisen:

a) die Höhe der im Jahre 1925 einbehaltenen Lohnsteuerbeträge entweder durch Vorlegen der Steuerkarte oder einer Bescheinigung des Arbeitgebers;
b) die Dauer des Verdienstausfalles: bei Krankheit durch eine Bescheinigung der Krankenkasse; bei Streiks oder Aussperrungen durch eine Bescheinigung seiner Gewerkschaft oder seines Arbeitgebers; bei Erwerbslosigkeit oder Kurzarbeit durch eine Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge (Kontrollkarte), der Gewerkschaft oder des Arbeitgebers.

Als Verdienstausfall gelten alle durch eine der vorgenannten Ursachen versäumten Arbeitstage, auch wenn sie zeitlich auseinanderliegen. Sie werden für das ganze Jahr 1925 zusammengerechnet und für jede volle versäumte Arbeitswoche (gleich sechs Tage) wird je nach dem Familienstand des Lohnsteuerpflichtigen der oben angegebene Wochenpauschsatz zurückerstattet, jedoch nur bis zur Gesamthöhe des überhaupt einbehaltenen Steuerbetrages.

Darüber hinaus können Lohnsteuerpflichtige, deren Leistungsfähigkeit im Jahre 1925 durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse wesentlich beeinträchtigt wurden, auf Grund des Paragraphen 36 des Einkommensteuergesetzes weitergehende Steuererstattungsanträge, jedoch nicht über den tatsächlich einbehaltenen Lohnsteuerbetrag, stellen. Als solche besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse gelten außergewöhnliche Belastungen durch Unterhalt, Erziehung und Berufsausbildung der Kinder, durch Unterhaltsgewährung an mittellose Angehörige, durch Alimentationsverpflichtungen für uneheliche Kinder, geschiedene oder getrennte Ehegatten, durch getrenntes Haushalt, Krankheit, Unglücksfälle, Verschuldung und dergleichen.

Anträge auf Rückerstattung der Lohnsteuer sind, wie gesagt, nur bis zum 30 April 1926 überhaupt zulässig. Wer später kommt, wird abgewiesen. Das Reichsfinanzministerium bittet um unverzügliche Einreichung der Anträge, damit die Veranlagung der Einkommen- und Körperschaftssteuer nicht zum Schaden der Realsteuer verzögert wird. Also noch einmal: Fordert restlos eure zuviel gezahlten Lohnsteuerbeträge zurück! Aber stellt eure Anträge sofort! So nützt ihr euch am besten!

Klassenjustiz gegen die Eisenbahner

Für die Reichsbahn gelten die deutschen Gesetze nicht.

Das Urteil der 8. Zivilkammer des Landgerichts I vom 4. März in der Klage der Eisenbahnerverbände gegen die Deutsche Reichsbahn-A.-G. wegen Nichtdurchführung des im Januar d. J. für verbindlich erklärten Schiedsspruches ist ein Klassenurteil schlimmster Sorte. Obwohl die deutschen Schlichtungsgesetze, insbesondere der § 6 der Schlichtungsverordnung eindeutig besagt, daß verbindlich erklärte Schiedssprüche Gesetzeskraft besitzen, und obwohl der Reichstag einmütig sich hinter die Durchführung des verbindlich erklärten Schiedsspruches durch die Reichsbahn-A.-G. stellte, hat die Reichsbahn sich geweigert, den gefällten Spruch anzuerkennen. Die Reichsbahn-A.-G. beruft sich darauf, daß sie auf Grund der besonderen Lage und Zwecke der Deutschen Reichsbahn nicht in der Lage sei und auch nicht verpflichtet werden könne, den Schiedsspruch zu erfüllen.

Mit Hilfe des § 44 des Reichsbahn-Gesetzes versucht die Reichsbahn-A.-G. ihren Standpunkt zu rechtfertigen. Dieser Paragraph kommt für die Reichsbahn-A.-G. überhaupt nicht in Frage, da es sich bei dem Lohnkonflikt um keine Streitigkeit zwischen Reichsregierung und Reichsbahngesellschaft, sondern um den Konflikt der Gewerkschaften mit der Reichsbahn handelt.

Die von den Eisenbahnerorganisationen eingereichte Feststellungsklage ging dahin, daß durch ein ordentliches Gerichtsurteil die Deutsche Reichsbahn verpflichtet werden soll, den verbindlich erklärten Schiedsspruch durchzuführen. Schon der Verlauf der Verhandlung selbst zeigte, daß sich der Vorsitzende des Landgerichts I voll und ganz auf den Boden der Reichsbahn-A.-G. stellte, und daß das Gericht nur eine Puppe der Geheimräte der Reichsbahn-A.-G. ist.

Das Urteil aber hat für die deutsche Arbeiterschaft, insbesondere für die Eisenbahner weitgehendste Bedeutung. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft wird dadurch als außerhalb der deutschen Gesetzgebung stehend erklärt und bildet einen Staat im Staate. In konsequenter Fortsetzung des erlassenen Urteils wäre es der Deutschen Reichsbahn jetzt möglich, alle Bedingungen, die ihr durch das Gesetz auferlegt sind, wie Tragung bestimmter Soziallasten für Arbeiter und Beamte, nicht mehr durchzuführen. Daß diese Bestrebungen bei der Reichsbahn vorhanden sind, bewiesen am besten die Ausführungen ihres Vertreters bei der Gerichtsverhandlung, der erklärte, daß die Reichsbahn Schiedssprüche und Gesetze, soweit sie ihr Lasten auferlegen, nicht anerkennen könne, und daß es abgedroschene Worte seien, wenn die Gewerkschaftsvertreter an das soziale Empfinden der Reichsbahn-A.-G. appellieren würden.

Welche Erfahrungen müssen die Eisenbahner aus diesem Gerichtsurteil ziehen, und welche Maßnahmen müssen sie treffen, um ihre Rechte zu verteidigen? Daß die Schlichtungsausschüsse nur Empfehlungsinstanzen und die Verhandlungen selbst nur eine Komödie sind, haben wir wiederholt bewiesen. Das wird auch durch das jetzt gefällte Urteil bestätigt. Die Deutsche Reichsbahn, die Hunderte von Millionen an Korruptionsgeldern verausgabt, die Panzerzüge auf Panzerzüge zur Niederschlagung der deutschen Eisenbahner herstellen läßt, die mit Hilfe der Regierung Streikbrechergarden organisiert, wird sich auch in Zukunft an die Spitze der Ausbeuterbande stellen und alle Verträge, die zwischen ihr und den Organisationen geschlossen sind, nicht anerkennen.

Die Politik der Arbeitsgemeinschaft hat Schiffbruch erlitten. Und es wäre ein erfolgloses Beginnen, wenn die Eisenbahnerorganisationen statt der Komödie der Schlichtungsverhandlung nun eine solche der bürgerlichen Gerichte durchführen würden.

Der gefällte Urteilsspruch des Landgerichts muß in jedem Eisenbahner die Erkenntnis wecken, daß Lohn- und Arbeitszeitfragen, wie alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen überhaupt Machtfragen sind und daß nur der rücksichtsloseste Kampf Vorteile für die Eisenbahner bringen kann.

Selbst der „Vorwärts" vom 5. März muß feststellen:

„Die 8. Zivilkammer des Landgerichts I zwingt die Eisenbahner mit der Abweisung ihrer Klage, sich in ihrer ganzen Taktik künftig auf den Machtkampf einzustellen. Entweder die Eisenbahner unterwerfen sich willenlos dem Diktat der Scharfmacher in der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft, oder aber sie führen einen rücksichtslosen Kampf um ihre Existenzbedingungen. Einen dritten Ausweg läßt das Urteil der 8. Zivilkammer nicht zu."

Ob der „Vorwärts" auch in Zukunft diese Auffassung vertreten wird, wird sich zeigen.

Um den rücksichtslosen Machtkampf zu führen, ist aber die Organisation und Mobilisierung aller Eisenbahner und Beamten sowie die sofortige Vorbereitung des Kampfes gegen die Reichsbahn-Hauptverwaltung dringend notwendig. Massendemonstrationen gilt es zu organisieren gegen das Klassenurteil und gegen die Provokationen der Reichsbahn-A.-G. Jetzt sind die Voraussetzungen gegeben, von denen die Beschlüsse des Kölner Verbandstages sprechen, daß der Kampf nur dann aufgenommen werden soll und kann, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind. Es wäre eine Illusion, zu glauben, daß die Berufungsgerichte (Kammergericht und Reichsgericht) zu einem anderen Urteil kommen werden, wie das Landgericht. Sie alle sind Institutionen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und nur die ausführenden Organe der Schwerindustrie und deren Vertrauensmännner, die die Geheimratssessel der Reichsbahn-A.-G. innehaben. Das Geld der Verbandsmitglieder muß nutzbringender verwendet werden, als zur Bezahlung zwecklosester Rechtskosten.

Mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik muß Schluß gemacht und der Einheitsverband der Eisenbahner zu einer starken, schlagkräftigen Klassenkampforganisation werden.

Zur Stärkung der Front der Eisenbahner aber ist es notwendig, daß sofort auf breitester Grundlage eine Werbekampagne für den Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, für die Schaffung einer Industrieorganisation für das Verkehrsgewerbe, bestehend aus dem Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, dem Deutschen Verkehrsbund und dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, eingeleitet wird. Nur wenn die Eisenbahner die Notwendigkeit dieser Schritte einsehen, werden sie in der Lage sein, erfolgreich den Kampf aufzunehmen gegen die Reichsbahnverwaltung, gegen Massenentlassungen, gegen Abbau ihrer sozialen Rechte und für ausreichende Bezahlung ihrer Arbeitskraft und die Wiederherstellung des uneingeschränkten Achtstundentages.

Generalversammlung des Baugewerksbundes Neugersdorf

Die Generalversammlung des Deutschen Baugewerksbundes Bezirksverein Löbau und Umgegend tagte am Freitag hier. Die Delegierten und der alte Vorstand waren aus allen Orten vollzählig vertreten. Den Geschäftsbericht erstattete Geschäftsführer Seibt-Löbau. Am Schluß des Jahres waren 1200 Mitglieder vorhanden. Ueber zwei Drittel der Kollegen waren seit November bis jetzt arbeitslos. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt: 1. Vorsitzender Pogmann-Neugersdorf, 2. Vorsitzender Genosse Mutscher-Ebersbach, 1. Schriftführer Genosse Hoffmann-Neugersdorf, 2. Schriftführer Rentsch-Löbau, Beisitzer die Genossen Thomas-Friedersdorf und Grohmann-Spreedorf. Stellvertreter Eibau und Albrecht-Niederoeunersdorf und die beiden angestellten Beamten Seibt und Sonntag. Folgende Anträge kommen zur Beratung: 1. Der Bundesvorstand wird beauftragt, die ausgeschlossenen Bauarbeiter wieder aufzunehmen, 2. der Bezirksverein Löbau des Baugewerksbundes möge korporativ der Internationalen Arbeiterhilfe beitreten, 3. die Vertreterversammlung möge beschließen, daß der Bundesvorstand beauftragt wird, beim ADGB dahinzuwirken, für die internationale Gewerkschaftseinheit einzutreten und dafürzustimmen. Diese Anträge wurden in Neugersdorf in einer Versammlung einmütig gefaßt und vom Genossen Hoffmann heute begründet. Hierüber entspann sich nun eine längere scharfe Auseinandersetzung mit dem anwesenden Vertreter der Bezirksleitung, Bleik aus Leipzig. Dieser Vertreter bezeichnete die Anträge als kommunistisches Machwerk und empfahl die Ablehnung. Die Genossen Hoffmann, Thomas und Förster rechneten mit diesem Vertreter gehörig ab. Jedoch die Delegierten ließen sich beeinflussen. Dafür stimmten die Vertreter aus Neugersdorf, Ebersbach und Friedersdorf; dagegen der ganze Löbauer Bezirk und Waldhof, Eibau, so daß die ersten zwei Anträge abgelehnt wurden. Hingegen wurde Antrag 3 mit 16 Stimmen gegen 14 Stimmen angenommen. Des weiteren kam ein Antrag des Vorstandes zur Annahme. Die Fabrikmaurer dürfen bei Fabrikbauten, welche an einen Unternehmer vergeben sind, nicht unter dem tarifmäßigen Lohn arbeiten. Zur Kenntnis wurde noch genommen, daß der Bundesvorstand Ehrendiplome an die Kollegen ausbündigt (!), die über 25 Jahre und 30 Jahre dem Verband angehören. Es kommen folgende Kollegen in Frage: August Menzel-Cunnersdorf, Genosse Hoffmann-Neugersdorf, Ad. Gründer und Gust. Sonntag-Neugersdorf und Ernst Rentsch-Löbau.

Verlag: „Arbeiterstimme" — Druck: „Peuvag"-Filiale, Dresden
Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Renner, Dresden

Dresden

8. März: 1925: Generalstreik auf sämtlichen griechischen Eisenbahnen. — Zwölftausend Grubenarbeiter in Halifax (Kanada) im Ausstand. — 1924: Grubenexplosion bei Saltlake-City (Amerika), 120 Tote. — Der kommunistische Bezirksausschuß Halle vom ADGB. abgesetzt. — 1921: Zehnter Kongreß der KP. Rußlands. — Ministerpräsident Dato von Revolutionären in Madrid getötet. — 1919: Kapitulation der Volksmarinedivision in Berlin. Ende des Generalstreiks. Roskes Schießerlaß. — 1917: Erste Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten in Petrograd. Beginn der russischen Revolution. — 1876: Auflösung der Sozialdemokratischen Partei unter dem Sozialistengesetz durch Tessendorf.

Eingezeichnet!

Eine Reihe alter und jüngerer Leute steht schon auf der Treppe, als ich zur Wohlfahrtswache komme, um meine Unterschrift unter die erste Quittung für „unsere Landesväter" zu leisten. Der breite, gekrümmte Rücken eines alten Arbeitsinvaliden versperrt mir beinahe die Aussicht auf die Reihe vor mir. Auf eine Viertelstunde kann man sich gefaßt machen. Aber langweilig verläuft sie nicht. Diese Leute, die hier „Schlange stehen", sind fast alle indifferent. Nur ein jüngerer erwerbsloser Arbeiter ist, wie ich nachher feststelle, roter Jungfrontmann, und dort ist noch ein Chauffeur, der sozialdemokratisches Parteimitglied ist. Sonst aber ... hat keiner ein Organisationsbuch in der Tasche außer uns dreien. Aber heute ist keine Diskussion gegeneinander. Hier und da hört man ein paar verächtliche Worte über die anfängliche Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Aber dazu nickt nur der Sozialdemokrat. Und so ist eine Einheitsfront hergestellt, die sich nach einem Betätigungsfeld umsieht. Bald ist es gefunden. Ein Wohlfahrtspolizeibeamter tritt an einige heran, die sich in Gruppen unterhalten. Kaum hat er sie ersucht, an die Seite zu treten, ist die Diskussion schon entbrannt. Die Einzeichner fragen ihn, ob er es nicht als merkwürdig empfinde, daß für eine Stadt wie Dresden lediglich die Wohlfahrtswachen bereitgestellt worden seien — ob er nicht selbst zugeben müsse, daß das wie Sabotage aussehe usw. Der Beamte schweigt betreten. Er wird in seiner Hilflosigkeit, die ihn an die Stelle bannt, wirklich zum „Verkehrshindernis". Schließlich frage ich ihn: „Sagen Sie mal, Sie wollen doch wohl auch, daß die Banditen keinen Pfennig bekommen?" Alles lauscht jetzt gespannt auf seine Antwort. Etwas ängstlich sieht er nach oben, und dann sagt er halblaut: „Selbstverständlich, meinen Sie denn, wir werden bei unseren Dreckgehältern den Gaunern Riesenrenten verschaffen?!" Mit einem Male glänzen alle Gesichter, auch das düstere des alten Weibleins, das beim Vorrücken der Reihe gerade durch die Tür geschoben wird. Und bevor sie verschwindet, ruft sie noch ganz strahlend mir zu: **„Seh'n Se, ooch die machen mit! Wir wer'n schon die 20 Millionen offbringen!"**

Diese „Unpolitischen" haben erkannt, daß die breiteste Basis für diesen Kampf die Garantie seines Sieges ist. In dieser Erkenntnis liegt ein ernster Befehl an die Kommunisten: Spannt alle Kräfte an, bringt jeden Werktätigen zum Einzeichnen!

Schafft eine Basis dem Siege des Volksentscheids!

Das Einklassensystem in den Dresdner Krankenhäusern

Von Dorothea Wettengel.

Wie bereits kurz gemeldet, wurde in der Sitzung der Stadtverordneten vom 14. Januar ein Gutachten des Finanzausschusses angenommen, wonach in den städtischen Krankenhäusern das Einklassensystem einzuführen ist. Das Mehrheitsgutachten bot jedoch in seiner Abfassung derartig viel Hintertüren, daß die kommunistische Fraktion sich damit nicht einverstanden erklären konnte, sondern durch Genossin Wettengel folgendes klar und eindeutig abgefaßte Minderheitsgutachten vertreten ließ:

Kollegium wolle beschließen,

1. die erste Pflegklasse in den städtischen Krankenanstalten zu beseitigen,
2. soweit dieser Regelung Verträge entgegenstehen, diese sofort zu kündigen und mit den leitenden Aerzten in Verhandlung zu treten,
3. bei Neuanstellungen Verträge dieser Art nicht wieder abzuschließen.

Die Frage des Klassensystems in den Krankenhäusern ist nicht etwa eine finanzielle Frage dergestalt, daß vielleicht die Patienten der ersten Klasse so hohe Preise bezahlen müssen, daß ihr Verschwinden eine empfindliche Einbuße bedeuten würde. Die Einrichtung einer ersten Pflegklasse ist vielmehr lediglich geschaffen im Interesse der Chefärzte der Krankenhäuser. Dieses Recht der Chefärzte auf Unterbringung von Privatpatienten in der dafür geschaffenen ersten Pflegklasse ist im Anstellungsvertrag besonders festgelegt.

Nun hat aber die Allgemeinheit, aus deren Mitteln die Krankenhäuser unterhalten werden, kein Interesse an der besonderen vorzugsweisen Behandlung und Unterbringung einzelner Patienten, sondern sie fordert gleiches Recht für alle. Es ist weiterhin nicht angängig, daß hauptamtlich angestellte Aerzte ihr Einkommen durch Nebeneinnahmen verbessern müssen, sie müssen dann eben so besoldet werden, daß sie ihre volle Kraft in den Dienst der Krankenhäuser stellen können. Alle diese Erwägungen veranlaßten uns, die oben angeführten Forderungen aufzustellen. Das eingebrachte Minderheitsgutachten wurde jedoch mit allen gegen unsere Stimmen abgelehnt. Statt dessen wurde folgende Fassung beschlossen:

a) Die erste Pflegklasse in den Krankenanstalten ist zu beseitigen, so daß nur noch eine Pflegklasse besteht, **jedoch mit Rücksicht auf persönliche, sachliche und rechtliche Gründe den leitenden Aerzten zu gestatten, in dem ihnen auf Grund bestehender Verträge zustehenden Umfange Privatkranke in Privatabteilungen der Krankenanstalten unterzubringen und zu behandeln** und für ihre persönlichen Leistungen zu liquidieren.

b) Soweit die Raumverhältnisse es zulassen und die **Rechtsverhältnisse der Aerzte** nicht benachteiligt werden, sind die leitenden Aerzte verpflichtet, Kranke, die nicht Privatkranke sind und die nach der Natur ihrer Krankheit einer Behandlung in einem Einzelzimmer bedürfen, in die Privatabteilung zu verlegen, falls andere Einzelzimmer für sie nicht mehr vorhanden sind, ohne daß die Bestimmungen über Privatkranke auf sie Anwendung finden.

c) Soweit die Raumverhältnisse es zulassen und die unter a) und b) bezeichneten Kranken nicht benachteiligt werden, können auch andere Kranke auf ihren Wunsch in die Privatabteilung aufgenommen werden. Auf sie finden die Bestimmungen für Privatkranke Anwendung mit der Abweichung, daß ihnen gegenüber Liquidationsbefugnis der leitenden Aerzte nur in dem bisherigen Umfange besteht.

d) Beköstigung und Pflege der Privatkranken wird in derselben Form wie den übrigen Kranken gewährt und kommt hierfür die gleiche Berechnung in Betracht. Für die gesonderte Unterbringung ist von ihnen eine entsprechend höhere Bezahlung zu leisten, durch die der gesamte Aufwand für die Privatkranken voll gedeckt werden soll. In diesen gesamten Aufwand ist auch einzurechnen der Mehraufwand für ärztlicherseits vorgeschriebene Sonderkost.

e) Den leitenden Aerzten ist das Halten eigener Kliniken oder die Beteiligung an solchen oder ihre Belegung mit Privatkranken nicht gestattet, soweit nicht bestehende Verträge entgegenstehen.

f) Die nach den bestehenden Bestimmungen besonders zu berechnenden Leistungen, wie Strahlen- und Radiumbehandlung, Heil- und Betäubungsmittel, Verbände, Kosten für zugezogene Spezialärzte, besondere Pflegedienste, Begleitpersonen und sonstige außerordentliche Mehraufwendungen sind von den Privatkranken gesondert zu bezahlen.

g) Bei Neuanstellung von leitenden Aerzten ist **der Versuch zu machen, die Verträge** in der Richtung abzuschließen, daß sie ein entsprechendes festes Gehalt beziehen ohne Berechtigung zur Privatpraxis.

h) Den Rat um Beitritt zu diesen Beschlüssen zu ersuchen.

Man beachte besonders die Rücksichtnahme unter c) und b) auf die Rechtsverhältnisse der Aerzte! Damit ist klipp und klar gesagt, daß **an den bestehenden Verhältnissen absolut nichts geändert wird.** Diese Auffassung, die ich in der Sitzung vom 14. Januar vertrat, hat sich bereits bestätigt. Wie uns mitgeteilt wurde, **weigerten sich die Aerzte des Carolahauses, den Punkt b) des Gutachtens anzuerkennen,** es wurde ihnen jedoch unter Hinweis auf die Wendung: **„soweit die Rechtsverhältnisse der Aerzte nicht benachteiligt werden"** erklärt, **daß es einer solchen Weigerung gar nicht bedürfe. Mithin wird offen zugegeben, daß mit der fraglichen Wendung alles das, was im Punkt b) gefordert wird, auch illusorisch wird.**

Im Punkt d) soll durch gleiche Berechnung für Beköstigung und Pflege der Anschein erweckt werden, als ob kein Unterschied mehr gemacht werde. In Wirklichkeit hat man die Sache nur etwas anders frisiert, man teilt die Pflegkostensätze in „allgemeine Pflegkostensätze" und „Zuschläge", so daß der Satz für die 1. und 2. Pflegklasse statt wie früher aus einem Posten aus zwei Posten besteht, im Endresultat aber auf dasselbe hinauskommt. **Man hat also dem Kind nur einen anderen Namen gegeben, in Wirklichkeit bleibt alles beim alten.** Elende Spiegelfechterei! Und es gibt immer noch Proleten, die darauf hineinfallen.

Weiterhin lehnt Stadtrat Dr. Temper den Punkt g) ab. Den sozialdemokratischen Einwand, daß es sich hier doch um eine sehr bescheidene Forderung handle, indem doch nur **„der Versuch"** gemacht werden solle und daß dabei dem Rat doch alle Hintertüren offen ständen (!), wirft Dr. Temper stolz zurück mit der Bemerkung: **„er verzichte auf Hintertüren".** (!) Eine bessere Kennzeichnung des Verhältnisses zwischen SPD. und Bürgertum gibt es wirklich nicht.

Wie überall — im Anfang tönende, hochtrabende Worte, die sich mitunter bis zu ganz gefährlichen Drohungen steigern (über die das Bürgertum lacht), und am Ende feiges Verkriechen vor der angeblichen bürgerlichen Uebermacht. Die beiden letzten Stadtverordnetensitzungen waren der beste Beweis dafür, **daß auch eine bürgerliche Mehrheit zur Unfähigkeit verdammt ist, wenn ihr ein geeinigter fester Wille entgegengestellt wird.**

Vorübergehende Aenderungen im Nachtwagenverkehr. In der Nacht vom Montag, den 8., zum Dienstag, den 9. März, verkehren von 1 bis 5 Uhr früh die Nachtwagen der Linien 8, 17 und 19 nicht durch die Schandauer Straße, sondern nehmen zwischen Fürstenplatz und Altenberger Straße den Fahrtweg der Linie 22. Die Nachtwagen der Linie 20 verkehren nur bis Bergmannstraße. Außerdem verkehren die Nachtwagen der Linie 18 in beiden Richtungen statt durch die Pfotenhauerstraße über Fürsten- und Cerostraße.

Aus Ostsachsen

Radeberg. (Volksbegehren.) Die Bekanntmachung des Stadtrats vom 24. Februar 1926 wird wie folgt ergänzt: Die Einteilung der Bezirke für die Eintragung in die Listen für das Volksbegehren bleibt in der bekanntgemachten Form bestehen. Ebenso bleiben die Eintragungsstellen, wie sie in der erwähnten Bekanntmachung bestimmt worden sind, unverändert. Die Eintragungsberechtigten der Bezirke 2, 6, 7 und 8 (siehe die genannte Bekanntmachung) können aber auf ihren Wunsch die Eintragung bei der Eintragungsstelle im Rathaus bewirken. Sie dürfen sich aber dann bei keiner der anderen Eintragungsstellen weiter eintragen lassen. Mehrfache Eintragung ist strafbar. Eine Eintragungszeit wird in der Weise verlängert, daß die Eintragung wochentags von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 7 Uhr, Sonntags von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr vorgenommen werden kann. Diese Verlängerung gilt vom 6. März 1926 ab. Im übrigen bleibt es bei der durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 15. Februar 1926 festgesetzten Frist für die Eintragung vom 4. bis 17. März 1926.

Ottendorf-Okrilla. (Religions-Unterricht — Zuckertüten). Das Schulamt schreibt uns: Die Hälfte der Eltern, die diese Ostern ein Kind in die Schule schicken, haben bei Anmeldung die verordnungsgemäß nötige Erklärung über Teilnahme oder Nichtteilnahme des Kindes am Religionsunterricht nicht abgegeben. Es wird daher gebeten, diese Erklärung, die von Vater und Mutter unterschrieben sein muß, bis zum 20. März d. J. beim Schulleiter der Volksschule abgeben zu wollen. Die Erklärung kann im Laufe der Schulzeit, jeweilig vor Ostern oder Michaelis, abgeändert oder widerrufen werden; es liegt also in ihr nicht, wie manche Eltern meinen, eine Bindung für die gesamte achtjährige Schulzeit des Kindes.

Gleichzeitig sei allen Eltern der Schulanfänger ein Beschluß der Lehrerversammlung mitgeteilt, daß bei der Aufnahme der Kinder keine Zuckertüten mehr verteilt werden. Es ist für die Lehrer stets peinlich zu beobachten gewesen, wie ungleich diese Gaben gewiß gutmeinender Eltern ausgestreut werden, und man muß nur einmal den schmerzvollen Blick eines Kindes gesehen haben, das sein kleines Tüchen in Empfang nimmt, ganz zu schweigen von dem, das überhaupt mit leeren Händen die Stätte verläßt, die es mit Lust und Liebe von nun an besuchen soll. Wer seinem Kind beim ersten Schulgang eine Freude durch ein Geschenk machen will, der sei gebeten, den altgewohnten Brauch aufzugeben und die Tüte vor dem Schulgebäude oder daheim zu überreichen.

Omsewitz. Einen mit fettgedruckten Lettern überschriebenen Artikel „Kommunisten Arm in Arm mit dem Bürgertum" brachte die Tante vom Wettinerplatz in ihrer Dienstagausgabe. Der Artikelschreiber war scheinbar noch nach Tagen, nach der betr. Gemeindeverordnetensitzung so außer Fassion, hervorgerufen durch die Vereitelung der geplanten Schiebung seiner Fraktionskollegen durch unsere Genossen, daß er durch ein solches Lügengewebe die Tatsachen auf den Kopf stellte, wie man es schon von jeher bei Artikeln gleicher Art beobachten konnte. Wie an allen anderen Orten, wo die SPD. nur ihre Interessengemeinschaft gewahrt wissen und mit allen Mitteln durchführen will, so ist es auch in der schon viel von sich hörenlassenden Gemeinde Omsewitz, regiert und dirigiert von dem kleinen Gernegroß und Futterkrippeninhaber Kunzemann. Wehe, wenn ihrem Vorhaben irgendwelcher Art Widerstand von seiten unserer Genossen entgegengebracht wird, dann stimmen sie ein großes Wehklagen und Gewinsel an und versuchen unter diesem Mantel ihr Vorhaben zu vertuschen. Sie streuen somit offensichtlich den Einwohnern Sand in die Augen, um sich nicht in ihre Karten gucken zu lassen. Wir empfehlen der fortschrittlichen SPD.-Fraktion, um evtl. ihre Ansicht nach gleichen Anlässen wie in der letzten Gemeindeverordnetensitzung allen kundzutun, sich doch der Errungenschaft der Neuzeit zu bedienen und die Freveltaten der dreimalverfluchten Kommunisten durch das Radio in das Weltall hinausposaunen, daß die Kommunisten wieder einmal ihrer persönlichen Interessenpolitik entgegengetreten sind und Verrat an „ihrer Sache" übten. Wer kennt denn nicht eure sechs Jahre lang getriebene sozialdemokratisch-bürgerliche Arm-in-Arm-Politik gegen die Einwohnerschaft? Ja, ja, ihr Herren von der sozialdemokratischen Fraktion, ein anderer Geist herrscht in der Gemeinde, seitdem die Kommunisten das Zünglein an der Wage bilden!

Zu dem abengenannten Artikel der Tante selbst. Wo bleibt die Erwähnung des objektiven Berichterstatters des eingangs der Verordnetensitzung vom Vorsitzenden verlesenen Schreibens des Deutschösterreichischen Bundes, in welchem dieser die Gemeinde auffordert, demselben beizutreten? Arm in Arm mit den bürgerlichen wurde die Beschlußfassung, unter Protest der kommunistischen Fraktion, an den Finanz- und Verwaltungsausschuß verwiesen. Wollte die sozialdemokratische Fraktion keine Interessenpolitik treiben, so mußte sie, ihrer früheren Zustimmung gemäß, die vergebende Wohnung Herrn Alpermann jun. als Dringlichsten zusprechen. Bei der letzten Wohnungsvergebung vor Jahresfrist trat die kommunistische Fraktion für die Zuweisung an Familie Kost ein; hier betrachtete die SPD. Herrn Alpermann jun. als den Vordringlichsten. Liegen die Verhältnisse heute anders? Wohnt Herr Alpermann mit Familie nicht nach wie vor in einem Zimmer, oder hat sich selbiges inzwischen zu eurer angegebenen Wohnung vergrößert? Ist das eure vielgepriesene gesunde Wohnungspolitik? Wollte der Berichterstatter bezüglich der Vergebung des Gemeindelandes in Erbbaurecht die Tatsachen ebenfalls nicht auf den Kopf stellen, so muß er selbst zugeben, daß die Kommunisten nicht gegen den Wohnungsbau sind, sondern nur das Gemeindeland zur Erstellung von Gemeindewohnungen benutzen wollen, und um die Wohnungsnot dem Allgemeinwohl zu fördern. Wurde nicht das erworbene Gemeindeland von der sozialdemokratischen Fraktion in allen Tonlagen gepriesen, und nun soll es nur euren Interessen dienen? Hiermit sei, wie schon manchesmal, euer Lügengewebe entlarvt, trotz alledem!

Bautzen. „Ein Walzer von Strauß" betitelt sich ein Film, der im CT. Bautzen rollt. Er ist ein Musterbeispiel für die ideologische Zerfahrenheit der Bourgeoisie. Das Unmöglichste wird aneinandergeflickt und den Kinobesuchern als „Kunst" geboten. — Nach 7jähriger Gefangenschaft in Sibirien kommt ein k. u. k. Rittmeister zurück nach Wien. Hier erst merkt er (in dem „kulturlosen" Sibirien kann man natürlich nichts von der Welt erfahren); sehr bezeichnend für die Blödheit der bourgeoisen „Künstler"), daß Wien nicht mehr das ehemalige kaiserliche, auf „sicherem Friedensfundament" beruhende Wien ist, sondern 1923 herrscht die übelste Jagd nach dem Gelde, Inflationszeit. (Vor dem Kriege war bekanntlich die Bourgeoisie „ehrbar".) „Der Bankier ist gut. Bleib' mir mit deiner Moral, das ist Geschäft" erklärt er auf Vorwürfe seiner Frau. Er habe seinen Reichtum nur durch die Vernichtung zahlloser Existenzen. — Der Film dreht das Ding, Bankkrach — Mordversuch — Flucht — Mord — Glückseligkeit. Begleitung: Donauwellen mit Ziehharmonika und Geige, während der Rittmeister des Bankiers Frau, seine ehemalige Braut, zurückgewonnen. Der Film bietet gute Einzelheiten. Offen wird der Betrug der Bourgeoisie gekennzeichnet. Die Tendenz ist: Zurück „zur guten alten Zeit". Die Arbeiter werden denken: „Er dreht und dreht sich um und um — Der Zopf, der hängt ihm hinten." — Der „ehrbare" Bourgeois der Vorkriegszeit ist nur graduell verschieden, sachlich dasselbe wie der heutige. Dieser Wahnsinnstaumel ist der des Kapitalismus, das Proletariat erst wird dem ein Ende machen. M. H.

Vom Tage

Der Witterungsumschwung, der in Dresden Sturm und Schneefälle zur Folge hatte, brachte auch im ganzen Reich unangenehme Ueberraschungen. In Chemnitz gab es Hagelschlag, in Bautzen folgte Schneetreiben heftigen Windböen. In ganz Westdeutschland sind starke Schneefälle zu verzeichnen. Besonders gewütet hat der Sturm an der Ostseeküste. Die Folgen des Sturmes, der auch in England tobt, sind zahlreiche Störungen im internationalen Fernsprechverkehr.

Drei Explosionsunglücke haben sich in Berlin am Sonnabend mittag zugetragen, die bedeutenden Sachschaden anrichteten, glücklicherweise aber keine Menschenleben forderten. In der Frankfurter Allee ereignete sich eine Gasentwicklungsexplosion, in einer Fabrik in Reinickendorf-Ost flog ein Maschinengebäude in die Luft, wodurch in der näheren Umgebung ziemliche Verwüstungen angerichtet wurden, und in Steglitz wurde durch eine Kohlensäureexplosion auf dem Straßenbahnhof ein Mann erheblich verletzt.

Unwetterkatastrophe in Italien. Das Unwetter, das am Freitag abend begonnen hatte, dauerte am Sonnabend morgen in ganz Italien an. In Perugia und Umgebung ist Schneefall eingetreten. In Messina stürzte ein altes Kloster ein und zerstörte in der Nähe befindliche Wohnbaracken. Hierbei wurden vier Personen getötet und drei schwer verletzt.

Rundfunk

Montag, den 8. März 1926.

3—4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstitutes (Deutsche Welle), Welle 1300 von Königswusterhausen. 3—3,30 Uhr: Lektor Mann und Studienrat Friebel: Englisch für Anfänger. 3,30—4 Uhr: Lektor Mann und Studienrat Friebel: Englisch für Fortgeschrittene. 4—4,45 und 5—5,30 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdner Rundfunkhauskapelle. 6,30—7 Uhr: Esperanto-Kursus, gehalten von Prof. Dr. Dietterle, Direktor des Esperanto-Institutes. 7—7,30 Uhr: Vortrag des Aerztlichen Bezirksvereins Dresden: „Pflege von kranken Kindern" 7,30—8 Uhr: Vorlesung (von Dresden aus): Prof. Dr. Brandes, Dir. des Zoologischen Gartens Dresden: „Was die Besucher des Zoo vom Direktor wissen möchten". 8,15 Uhr: Dresden: Die Schulleiterin. Anschließend 9—12 Uhr: Militärkonzert. Dazwischen (etwa 10 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst.

Dienstag, den 9. März 1926.

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10,10—10,15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächs. Verkehrsverbandes. 10,15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12,55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3—4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstitutes (Deutsche Welle). Welle 1300 von Königswusterhausen. 3—3,30 Uhr: Prof. Dr. Amiel und Oberschullehrer Westermann: Einheitskurzschrift. 3,30—4 Uhr: Schulrat Prof. Dr. Thomas-Hamburg: „Die Fortbildungsschule als Dienerin des Wirtschaftslebens". 4—4,45 und 5—5,30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 5,30—6 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 6,30—7 Uhr: Esperanto-Kursus, gehalten von Prof. Dr. Dietterle, Direktor des Esperanto-Institutes. 7—7,30 Uhr: Vortrag: Geheimrat Prof. Dr. Eduard Sievers von der Leipziger Universität: „5. Vortrag in der Vortragsreihe: „Wege und Ziele der Schallanalyse". 7,30—8 Uhr: Vortrag: „Neues aus der Naturwissenschaft", veranstaltet von der Naturwissenschaftlichen Werkgemeinschaft an der Universität Leipzig. 8,15 Uhr: Volksabend: Das Herz der Erde hämmert. Anschließend (etwa 9,30 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst. 10 Uhr: Funkpranger. 10,15—12 Uhr: Tanzmusik von Leipzig aus.

Voraussichtliche Witterung am 9. März (Dienstag). Kühl, abwechselnd heiter und wolkig, zunächst windig und Niederschläge in Schauern, später ruhiger und trocken.

10. März (Mittwoch). Zunächst kühler, trocken, ziemlich heiter, ruhig; später Trübung, windig, Regen.

Diskussion zum Bericht des EKKI.

In der neunten Sitzung am 25. Februar sprachen nach der Genossin Clara Zetkin:

Konrad (Berlin):

Der sechste Berliner Verwaltungsbezirk ist mit Scholem und Katz[illegible] solidarisch. Thälmann hob in seinen gestrigen Ausführungen nicht scharf genug die Notwendigkeit der Bekämpfung der rechten Gefahren hervor, obwohl die französische Rechtsgefahr internationale Auswirkungen haben kann. Wir nehmen die politische Linie des Offenen Briefes an, aber wir unterschrieben ihn nicht, weil er Tausende von kommunistischen Arbeitern als [illegible] brandmarkt. Ich hoffe, daß die deutsche Kommission eine Revision der Ausführungen Thälmanns über den [illegible] Kurs vornehmen wird. Thälmann betonte die Richtigkeit der Thesen Sinowjews nicht scharf genug, wofür der ganze Verwaltungsbezirk Berlins vorbehaltlos einsteht. Wenn das IX. die Beschlüsse des fünften Kongresses nicht revidiert, werden wir es unterstützen.

Die neunte Sitzung des Erweiterten Ekki fand am 25. Febr. abends unter dem Vorsitz Dimitrows statt.

Bela Kun:

Die wirtschaftliche Hegemonie Amerikas wurde allgemein [illegible], es wurde jedoch wenig Aufmerksamkeit den hierdurch hervorgerufenen Aenderungen in der europäischen Wirtschaft [illegible], obwohl der beste Weg zum Kampf gegen die amerikanische Hegemonie der Kampf gegen diese Erscheinungen in Europa ist. Nach dem Krieg verfielen die Ideologen der Bourgeoisie der besiegten Länder in Pessimismus, jedoch die Stabilisierung erweckte ihren Kampfeswillen von neuem. Viele liebäugeln mit der Idee Pan-Europas, die in idealistischer Hülle einen Versuch zur Herstellung des zerstörten Europamarktes zur Vorbereitung des Kampfes gegen Amerika darstellt. Die Losung Pan-Europas ist der Anfang der Forderung des Kampfes gegen Amerika, dagegen kann unsere Parole: Vereinigte Staaten des sozialistischen Europas nur eine Parole der Sammlung des Kampfes, eine Propagandaparole sein, die wir mit Agitations- und Aktionsparolen ergänzen müssen.

Was will Amerika in Europa? Ein amerikanischer Kapitalist [illegible] antwortete, daß die Bedingung der Kapitalanleihe eine festgefügte Regierung ist, die nicht übermäßig rüstet und den internationalen Verpflichtungen nachkommt. Es ist [illegible], daß die wirtschaftliche und politische Stabilisierung die [illegible] des Kapitalismus auf viel ausgedehnterer Basis [illegible] muß, als es in der Vorkriegszeit vorhanden war. [illegible] will das amerikanische Kapital „Klassen- und Völkerfrieden“ in Europa, das europäische Kapital unternimmt [illegible] die „Sanierung“ der Staatsfinanzen auf Kosten der Werktätigen, zweitens die Veränderung der europäischen Wirtschafts- und Produktionsorganisationen, die Nationalisierung. Die [illegible] wird in den kommunistischen Kreisen vielfach [illegible]. Das Kali-Syndikat hat durch die Nationalisierung die [illegible] von 22 000 auf 9000 herabgesetzt und die Produktion trotzdem um 50 Prozent erhöht. Im Interesse der [illegible] wurden in den deutschen Betrieben Werte von [illegible] Goldmark stillgelegt. Deren Folgen für die Arbeiter [illegible] Gesteigerte Ausbeutung, Erhöhung der Arbeitslosigkeit, Unmöglichkeit des Schritthaltens der Sozialpolitik mit [illegible] und Wiederherstellung der Betriebs[illegible].

Die [illegible] außenpolitischen Auswirkungen der amerikanischen Hegemonie und der Stabilisierung bestehen in der Begünstigung „friedlicher“ Mittel gegenüber offener Terrormethoden [illegible] in der Systematisierung und Legalisierung des Terrors. Die Folgen der amerikanischen Hegemonie blühen in dem [illegible] Pazifismus in Europa in der Form des Locarno-Vertrages, im Streben nach einem Garantiepakt [illegible], im Abrüstungsrummel usw. auf. Dahin in den Bestrebungen zur Schaffung größerer wirtschaftspolitischer Einheiten, so zur Schaffung einer Donau-Föderation zur wirtschaftlichen Zusammenfassung der Nachfolgerstaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Wir können und müssen gegen die Auswirkungen der Stabilisierung durch eine revolutionäre Tagespolitik kämpfen, müssen aber dabei zwei Vorbehalte machen: erstens gegen die [illegible] Sabotage, zweitens dagegen, was Lenin Revolutionäre Romantik nannte. Wichtig ist die Zusammenfassung der Forderungen für eine begrenzte Zeit. Die prinzipiellen [illegible] jedoch und den konkreten Inhalt müssen wir hier durcharbeiten. Die Hauptkrankheit der bisherigen Teilforderungen war, daß sie verschwanden, bevor sie sich ausgewirkt hatten. Ein [illegible] Beispiel dafür ist die Marokko- und die Finanzkampagne der französischen Partei. Wenn die Teilforderungen ohne Zusammenhang mit der revolutionären Zielsetzung in sich zerfallen, können sie eine Quelle der gefährlichsten opportunistischen Gefahren werden. Unser Aktionsprogramm muß enthalten: 1. konkrete Forderungen gegenüber den Folgen der wirtschaftlichen Stabilisierung des Kapitalismus. 2. Forderungen gegenüber den innerpolitischen Stabilisierungsmaßnahmen der Bourgeoisie, also gegen die monarchistischen Bestrebungen, die Legalisierung des Terrors, den Abbau der Sozialpolitik und gegen den Steuerdruck. Bisher waren die Tagesforderungen zu wenig konkret, die Agitation zu allgemein, weil noch immer falsche Befürchtungen bestehen. Ich weise auf die Thesen des 3. Weltkongresses hin, wonach das leitende Ziel der Teilforderungen die Zertrümmerung des wankenden Gebäudes des Kapitalismus ist. Die dritte Fragengruppe ist die Bekämpfung der internationalen politischen Auswirkungen der bürgerlichen Stabilisierungsmaßnahmen. Die Stellungnahme in der Wehrfrage ist in vielen Ländern aktuell geworden, dabei wird die Frage der demokratischen Verfassung der Armee eine große Rolle spielen. Ebenso wichtig ist die Konkretisierung der Politik in der Frage der Haltung zur Sowjetunion. Auch hier sind konkrete Teilforderungen nötig, zum Beispiel Handelsforderungen in England, die auf die Unterstützung der Industrialisierung der Sowjetunion hinzielen.

Alles Gesagte ist [illegible] nur eine Fragestellung, auf die kollektive Antworten durch die einzelnen Sektionen unter Leitung des Ekki ausgearbeitet werden müssen.

Der Maslow-Brief zeigt den echten Charakter der jetzigen Linken. Auf dem 3. Kongreß sagte Lenin, daß die Existenzberechtigung der Linken die revolutionäre Ungeduld ist. Die jetzige Ultralinke hat überhaupt keine Existenzberechtigung, da sie auch keine ungeduldige putschistische Linke ist. Sie ist eine opportunistische, auf Passivität auslaufende Auswirkung der Stabilisierungsstimmungen.

Thorez (Frankreich):

Wir machen in Frankreich ultralinke Fehler, aber die Hauptgefahr in der KPF. ist die Rechtsgefahr. Der rechte Engler kritisierte hier die Parole der Verbrüderung, aber den Fehler dieser Parole kritisierten wir selbst auf der Pariser Konferenz. Wir machten ultralinke Fehler in der Gewerkschaftsfrage, die wir nicht entschuldigen wollen. In der KPF. sind noch syndikalistische Strömungen vorhanden. Unsere Aufgabe ist, die gewesenen Syndikalisten und die Kommunisten auf dem Boden des Kommunismus zu vereinigen. Wir führten unsere Gewerkschaftseinheitskampagne mit Fehlern, die schon gutgemacht sind, indem wir jetzt die Kampagne mit Tagesforderungen verknüpfen und energisch führen. Die Rechte dagegen protestiert gegen die Bevormundung der Gewerkschaften durch die Partei. Sie vertritt rein syndikalistische Ansichten. Die Umstellung der Partei auf Betriebszellen führten wir anfangs mechanisch durch, aber es ist ein absoluter Irrtum, wenn man sagt, daß die Betriebszellen kein politisches Leben hatten. Sie diskutieren die politischen Fragen, fassen Beschlüsse, verbinden die Partei mit den Massen. Es ist interessant, daß die französische Rechte und der ultralinke Bordiga gegen die Betriebszellen sind. Der Generalstreik gegen den Marokko-Krieg wurde von Arbeiterkongressen beschlossen und trotz der Staatsgewalt, trotz der Gegenkampagne der Sozialisten und des Pessimismus der Rechten streikten fast eine Million Arbeiter. Dies war der erste politische Streik in Frankreich, daher ein gewaltiges Ereignis. Die Rechte ist unhomogen.

Die Rechten sind mit Rosmer, Monatte und Souvarine verbunden, sie verteilen ihre Preßorgane und fordern die Wiederaufnahme Souvarines. Die Zeichnung der Rechten begann schon, als von 31 Abgeordneten 8 ihre Unterschrift zurückzogen. Wir werden die Rechte ideologisch energisch bekämpfen und, wenn sie gegen die Disziplin verstößt, Ausschlüsse anwenden. Wir machen einen Unterschied zwischen den betrogenen Arbeitern und ihren Führern, wir wollen die Arbeiter gewinnen.

Thorez zitiert aus Artikeln von Souvarine, die gegen die Komintern, die KP. der Sowjetunion und fast gegen alle Sektionen der Komintern wüten, und erklärt, daß die Zentrale der KPF. die Wiederaufnahme Souvarines für undiskutabel betrachtet. (Beifall.)

Skrypnik (Ukraine):

Das Plenum ist einmütig in der Verurteilung der ultralinken Abweichungen, selbst die Ultralinken erkennen ihre Fehler an, nur Bordiga nicht.

Mit Domski scharf polemisierend, führt Redner aus, daß die Politik der Domski-Zentrale in der Westukraine abenteuerlich war, indem sie alle Aufmerksamkeit auf den Steuerboykott konzentrierte. Es ist unrichtig, daß die KP. Westukraines separatistisch eingestellt sei. Die Partei kämpfte nur gegen die ultralinken Fehler der Domski-Zentrale. In Weißrußland führte Domski eine opportunistische Politik, indem er anstatt des Selbstbestimmungsrechtes bis zur Loslösung die Forderung der Autonomie in den Vordergrund stellte. Selbstverständlich müssen wir in der Stabilisierungsperiode auch in der nationalen Frage Teilforderungen stellen, aber die Losung der Autonomie ist die Losung der PPS., ist opportunistisch, kann die Losung des Selbstbestimmungsrechtes nicht ersetzen.

Leszinski (Polen):

erklärt, daß die national-politische Losung der polnischen Partei das Selbstbestimmungsrecht der Minderheit bis zur Loslösung ist und bleibt. Die Forderung der Autonomie ist nur eine Teilforderung, ist nur ein Teil der Einheitsfronttaktik. Die Unterstützung der Autonomie-Bewegung wird zeigen, daß die Autonomie nur durch den Sturz der Großgrundbesitzer durchführbar ist. Die Domski-Gruppe verdunkelt die Aufgaben und treibt doppelte Buchführung. Ihre Politik führte zu einer Isolierung von den Massen. Wenn unter der Domski-Führung tatsächlich positive Erfolge erzielt worden sind, so geschah das nicht infolge, sondern trotz der Politik der Ultralinken. Wie in Deutschland, so steht auch in Polen die Hauptgefahr ultralinks. Der gegenwärtige Kurs der polnischen Partei strebt die innere Stabilisierung der Partei an. Ein jeder kann mitarbeiten, wer die Parteilinie rückhaltlos anerkennt.

Prin (Rumänien):

kritisiert im Namen der Minderheit die opportunistische Linie der Zentrale, hauptsächlich Christescus, der das bedingungslose Eintreten in die Amsterdamer Internationale fordert, in der Bauernfrage antibolschewistisch eingestellt, in der nationalen Frage gegen die Linie des 5. Weltkongresses ist. Die Einheitsfronttaktik wird von der Partei derart opportunistisch angewandt, daß die Komintern sich einmischen muß. Redner beantragt, daß das Plenum die rumänische Frage prüfen soll, da ohne Hilfe der Komintern die junge illegale rumänische Partei die opportunistische Gefahr nicht überwinden kann.

Radu (Rumänier):

erklärt, daß in der rumänischen Partei eine ultralinke, eine rechte und eine richtige Strömung vorhanden ist. Große Schäden verursachte der Partei das undisziplinierte und opportunistische Vorgehen Christescus. Opportunistische Gefahren sind wohl vorhanden, die Ursache hierfür ist unter anderem die, daß die Partei noch jung ist und seit ihrem Entstehen illegal arbeiten muß. Mit Hilfe der Komintern wird es gelingen, eine gute bolschewistische Partei zu schaffen.

Bordiga

erklärt, daß er nicht persönlich, sondern im Namen der Minderheit der KPI. spricht. Da Italien eine große Emigration hat, sind fast überall Bordiga-Anhänger vorhanden. [illegible] behauptete, daß meine Stellungnahme gegen die Zellen als organisatorische Grundlage Opportunismus sei, die Zentrale der italienischen Partei behauptet, daß die Zellen die Verbindung mit den Massen darstellen. Wir müssen die Verbindung mit den Massen haben, aber die Massen um jeden Preis suchen, ist Menschewismus. Wir müssen die Massen gewinnen, aber in revolutionärem Sinne. Bucharin simplifizierte meine Ansichten derartig, daß ich sie selbst nicht wiedererkenne. Es ist unrichtig, daß ich nur die Organisationsform der Komintern kritisiere, ich kritisiere auch ihre Theorie und Politik.

Was die Uebertragung der russischen Erfahrungen auf West-Europa anbelangt, meine ich, daß das Vorhandensein starker Staatsapparate und einer mächtigen Sozialdemokratie die Einheitsfronttaktik, ein Umgehungsmanöver, unmöglich macht. Wir können den starken Feind nur durch die direkte revolutionäre Mobilisierung der Massen besiegen, dementsprechend müssen wir eine solche Politik führen, die die Massen zum Sturmangriff sammelt. Im September 1925 meinte die Zentrale, daß der Faschismus schon geschlagen sei und daß Mussolini die Uebergabe der Macht an die Opposition auf parlamentarischem Wege vorbereite, wonach eine demokratische Aera kommen würde. Die Analyse war falsch, dementsprechend auch die Politik der Zentrale. Der Faschismus kann nur im Kampf gestürzt werden.

Redner ist mit der Politik der französischen Partei nicht einverstanden und kritisiert den Ekki-Brief wegen seiner unrichtigen Taktik und wegen der Erniedrigung der Parteiführer, die morgen vielleicht wieder die Partei führen müssen.

Selbmann's Haferkakao Pfund 60 Pf. Grenadierstraße und Filialen

Der eiserne Strom

Roman aus der russischen Revolution 1917.

Von A. Serafimowitsch.

(53. Fortsetzung)

Mit finsterer Stirn befiehlt Koschuch:

„Schafft die Brücke wieder her, schafft Balken und Bretter herbei. Formiert eine besondere Abteilung, deren Leute mit der Axt umzugehen wissen. Sie sollen mit der Vorhut vorausreiten. Nehmt die dazu nötigen Balken und Bretter von der Bevölkerung.“

Aexte kamen in Tätigkeit, weiße, frische Späne funkelten fliegend in der Sonne. Und auf den knarrenden, oberflächlich zusammengefügten Brettern rollten wieder Tausende von Wagen, die schwerfällige Artillerie; ängstlich schnaubten die Pferde, mit furchtsamen Blicken auf das Wasser.

Endlos fließt der Menschenstrom, und wie ehedem sind aller Augen dorthin gerichtet, wo der unerreichbare Strich Steppe und Himmel verbindet.

Koschuch versammelt die Kommandeure und sagt ihnen in aller Ruhe — die Muskeln zucken auf seinen Backenknochen —:

„Genossen; unsere Hauptarmee zieht sich vor uns zurück. Sie fliehen uns . . .“

Man gibt ihm finster zur Antwort:

„Wir verstehen nicht, warum tun sie das?“

„Sie fliehen und sprengen die Brücken, lange halten wir es nicht mehr so aus — die Pferde fallen zu Dutzenden. Die Menschen sind bis aufs letzte erschöpft, bleiben zurück und werden von den Kosaken niedergehauen. Wir haben ihnen eine gute Lehre erteilt, die Kosaken fürchten uns, gehen uns aus dem Wege, die Generäle räumen ihre Truppen fort und lassen es zu keinem Zusammenstoß mit uns kommen. Aber wir sind trotzdem in einem eisernen Ring, und wenn es noch lange so andauert, dann wird er uns erdrosseln; Patronen haben wir wenig und Artilleriemunition fast gar nicht mehr. Wir müssen etwas unternehmen, um aus der Lage herauszukommen.“

Er blickte sie mit seinen winzigen, zusammengekniffenen Augen scharf an. Alle schwiegen.

Da sagte Koschuch, und die durch die Zähne gepreßten Worte fielen scharf und klar:

„Wir müssen sie einholen. Eine Kavallerieabteilung können wir nicht schicken, unsere Pferde taugen nichts, sie werden die Verfolgung nicht aushalten, die Kosaken werden alle niederhauen. Dann werden sie wieder Mut kriegen und uns von allen Seiten anfallen. Wir müssen es anders machen. Wir müssen die Hauptarmee einholen und ihr Nachricht von uns geben.“

Wieder Schweigen. Koschuch sagte:

„Wer meldet sich dazu?“

Es meldete sich ein noch ganz junger Kommandeur.

„Genosse Sseliwanow, nehmen Sie 2 Soldaten, setzen Sie sich ins Auto und sehen Sie zu, daß Sie um jeden Preis durchkommen. Bringen Sie der Hauptarmee Nachricht von uns. Erklären Sie ihnen unsere Lage, machen Sie ihnen klar, daß sie uns der Vernichtung preisgeben.“

Eine Stunde später stand vor dem Dorfhaus, in dem der Stab untergebracht war, ein Auto. Schräge Sonnenstrahlen warfen lange Schatten und spielten auf zwei Maschinengewehren im Wagen: das eine richtete seine Mündung nach hinten, das andere nach vorn. In einer ölglänzenden Bluse machte sich der Chauffeur — schweigsam wie alle Chauffeure — an dem Motor zu schaffen, prüfte alle seine Teile. Sseliwanow und zwei Soldaten mit jungen, sorglosen Gesichtern, in deren Augen eine weit versteckte Spannung lauerte, warteten.

Der Motor begann zu schnaufen, trug mit einem Ruck den Wagen von der Stelle, bohrte sich durch die Luft, wurde immer kleiner, verengte sich zu einem Punkt und verschwand.

Und die endlosen Haufen, die endlosen Wagenreihen, die endlosen Pferdeketten flossen, von dem Auto nichts ahnend, finster und unaufhörlich dahin, bald mit Hoffnung, bald mit Verzweiflung in die blaue Ferne starrend.

38.

Der Wind braust entgegen. Dorfhäuser, Pappeln, Flechtzäune, ferne Kirchen fliegen vorüber. Pferde und Vieh in den Siedlungen und in der Steppe haben nicht einmal Zeit, ihren Schreck zum Ausdruck zu bringen — sie blicken um sich und sehen nur den wilden, über den Weg rollenden Staubwirbel und ein paar Strohhalme, die langsam zur Erde fallen.

Die Kosakenfrauen schütteln die Köpfe:

„Ist gewiß verrückt geworden. Ist es ein Weißer oder ein Roter?“

Kosakenabteilungen und Patrouillen lassen den wild sausenden Wagen an sich vorüber, halten ihn im ersten Augenblick für ihren eigenen: die Roten werden sich doch nicht in das dichte Dickicht der Feinde hineinwagen. Und wenn sie dann nach einer Weile doch Zweifel kriegen und ein paar Schüsse abfeuern — dann ist es schon längst zu spät. — Sie hören nur noch das sich entfernende Sausen des Motors.

So fliegt im sausenden, pfeifenden Winde ein Kilometer nach dem anderen, ein Dutzend Kilometer nach dem anderen zurück. Wenn es eine Panne gibt, wenn der Reifen platzt, dann sind sie verloren. Gespannt blicken die beiden Maschinengewehre nach vorn und zurück.

Im sausenden Dröhnen, das verzweifelte Atmen zum feinen Geheul steigernd, flog das Auto dahin. Unheimlich war es, wenn man sich einem Fluß näherte und die Zahnstummeln der zerstörten Brücken ihnen entgegenblickten. Dann wendete man seitwärts ab, machte einen ungeheuren Umweg und fand irgendwo eine von der Bevölkerung provisorisch gebaute Brücke.

Gegen Abend leuchtete in der Ferne der Glockenturm eines großen Dorfes auf, Gärten, Pappeln wuchsen ihnen entgegen, die weißen Punkte der Dorfkaten wurden immer zahlreicher.

Ein Soldat jauchzte plötzlich auf, wandte den anderen sein ganz verändertes Gesicht zu:

„Das sind unsere Truppen —“

„Wo — Wo?! — Was fällt dir ein!“

Aber sogar das Gebrüll des dahinsausenden Motors vermochte seine Stimme nicht zu ersticken.

„Die Roten! Unsere Roten!“

Um seiner Enttäuschung zu verfallen, erhob sich Sseliwanow mit ärgerlicher Miene von seinem Sitz und:

„Hurra—a—a—a!“

Eine große Patrouille ritt ihnen entgegen — wie Mohn leuchteten die Schleifen auf den Mützen.

In derselben Sekunde pfiff der bekannte feine Ton an ihren Ohren vorbei: dsi—i—i . . . ti—i . . . ti—i . . ., und noch und noch — wie ein sich entfernendes Summen der Mücken. Auch aus den grünen Gärten, hinter den Katen klangen ihnen Schüsse entgegen.

Sseliwanows Herz zuckte zusammen: ein Tod von eigenen Leuten! Und mit heller, brechender Knabenstimme schrie er auf, verzweifelt mit der Mütze winkend:

„Gut Freund! . . . Gut Freund! —“

Lächerlich, als wenn im Brausen des dahinsausenden Autos auch nur ein Wort zu verstehen war: er sah es auch selbst ein und packte die Schulter des Chauffeurs:

„Halt, halt! — Bremse! —“

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitersport

Fußballsport vom Sonntag

Städtespiel Dresden gegen Chemnitz 5:4 (2:4), Ecken 8:6.

Den Auftakt der Saison im Dresdner Bezirk bildete das Treffen dieser beiden Städtemannschaften, das zugleich als Abschluß des Kreisfußballtages gedacht war. Der Dresdner Spielausschuß experimentierte in der Form, daß die linke Sturmseite von Löbtau und als rechter Läufer der körperlich zu schwache Mittelläufer von Helios aufgestellt wurde. In den drei Löbtauern hatte der Ausschuß eine glückliche Hand, für den rechten Läufer traf dieses nicht zu. Den Chemnitzern merkte man ein Eingespieltsein an. Die Elf war auf allen Plätzen im Durchschnitt gut besetzt. Eine Klasse für sich war der Torhüter.

Zum Spielverlauf: Bei sehr schwerem Boden stößt Chemnitz an. Der Anstoß wird aber von Dresden sofort abgefangen. Trotzdem kommt die rechte Seite der Gäste gut durch, und nur dem sicheren Fangen des Dresdner Torwartes ist es zu verdanken, daß nicht gleich in den ersten Minuten Tore fallen. Dasselbe Bild wenige Minuten später bei Chemnitz. Einen weiteren Ball, zugleich große Torchance, köpfte der Dresdner Halblinke an den Torpfosten. Die Bedrängnis bei Chemnitz wird endlich ausgenützt und halbrechts kann nach einer rechten Flanke den Ball ins Tor lenken. Wenige Zeit später glückt den Gästen durch ein Mißverständnis der Dresdner Verteidigung der Ausgleich. Mehrere sichere Torgelegenheiten bringen außer Ecken nichts ein. Mitte der ersten Halbzeit rettet Dresdens linker Verteidiger ein sicheres Tor. In kurzen Abständen gelingt den Gästen durch Kopfball die Führung. Infolge des Windes ist Chemnitz im Vorteil und kann innerhalb weniger Minuten ein drittes und viertes Tor, ersteres durch Eckball, anbringen. Kurz vor der Pause ist es den Einheimischen möglich, durch den Rechtsaußen ein zweites Tor bei Chemnitz landen zu lassen. Nach der Pause hat Dresden die günstige Seite und drückt dadurch beängstigend. Ein Erfolg bleibt aber vorläufig aus. Zwanzig Minuten vor Schluß holt Dresden durch Mitte ein weiteres Tor auf. Kurze Zeit später erzielt halblinks den Ausgleich und, wie erwartet, bringt der Linksaußen die Dresdner in Führung. Bei einem plötzlichen Durchbruch in letzter Minute gelang den Gästen beinahe der Ausgleich, was aber im letzten Moment von der Verteidigung verhindert wurde. Hierauf machte der Pfeifer dem immerhin interessanten Treffen, wenn auch die technischen Gesamtleistungen keine besonderen waren, ein Ende.

Dresdens Elf enttäuschte, insbesondere im Halbrechten, Rechtsaußen und rechten Läufer. Zur Genüge spielte der linke Verteidiger. Eine besondere Taktik konnte man erstmalig beim Dresdner Mittelläufer beobachten. Er verlegte sich erstaunlicherweise nur auf die Aufbauarbeit, hingegen versagte er vollständig in der Abwehr. Der Besuch des Spieles war wenig befriedigend. Das schlechte Wetter und die Abgelegenheit des DSB.-Platzes dürften daran nicht schuldlos sein.

1. Klasse:

Cotta—Sturm 3:3 (2:2).

Die beiden Vereine lieferten sich ein weniger eindrucksvolles Spiel. Zu der harten Spielweise gesellte sich noch ein unfähiger Schiedsrichter. Sturm spielte am gestrigen Sonntag erstmalig in Kombination mit Alemannia, deren Zusammenschluß nunmehr feststeht.

Deuben—Wilschdorf 6:2 (3:1).

Wilschdorf trat zu diesem Spiel mit nur 10 Mann an, und mußte diese Niederlage verdient hinnehmen. Bei besserer Stürmerleistung von Deuben konnte die Niederlage noch höher ausfallen. Es versagte das Innentrio. Wilschdorf kann man zu einiger ruhigeren Spielweise raten.

Sportfreunde 09—Kähnitz 8:2 (3:2).

In der ersten Halbzeit Mittelfeldspiel. Nach der Pause starke Ueberlegenheit der Kadiner, was durch 5 weitere Tore zum Ausdruck kam. Starker Wind beeinträchtigte das Spiel.

Neustadt—Potschappel 7:1 (4:0).

Niedere Klassen:

Kötzschenbroda—Schwepnitz 2:2. Bei schlechten Bodenverhältnissen war ein wenig interessantes Spiel zu sehen. Beide Mannschaften waren sich gleichwertig. **Fortschritt—Wurgwitz 4:4.** Schon wenige Minuten nach Anstiß kann Fortschritt drei Tore buchen, denen Wurgwitz, den Wind im Rücken, vier entgegenstellt. Nach Wechsel gleicht Fortschritt durch einen Eckball aus. Die Bodenverhältnisse waren schlecht, der Schiedsrichter gut. **Weißig—Zauckerode 1:5 (1:2).** Beide zeigten großen Eifer. Zauckerode technisch besser, gewann verdient. In der zweiten Halbzeit wurde das Spiel durch die Unfähigkeit des Schiedsrichters schlecht beeinflußt.

Klotzsche—01 1:4 (1:3). 1895—Komet, Freiberg 2:2.

Niedere Mannschaften:

Neustadt 2—Sturm 2 6:1. Pieschen 4—Cotta AH. 11:0. Deuben AH.—Eintracht AH. 1:5. Cotta 3—Loschwitz 2 6:3. Klotzsche 2—01 2 4:1.

Jugendklasse:

Pieschen 1—Radebeul 1 6:1. Deuben 1—Cotta 1 2:4. Potschappel 1—Helios 1 3:0. Potschappel 2—Wurgwitz 1 4:7. Pieschen 2 J.—Striesen 2 2:1. Neustadt 3—Heidenau 2 1:1. Neustadt Knaben—DSB. Knaben 1:0. Cotta Knaben—Potschappel Knaben 3:1.

Bezirk Leipzig. Viktoria 06—Preußen 6:2. Britannia 07—Sportfreunde Zwenkau 1:3. Amateure 04—Sportfl. Mockau 1:1. Normannia—Viktoria 12 2:4. Eilenburg—Knautkleeberg 4:4. Bennewitz—Frisch Auf Wurzen 1:4. West 09—Paunsdorf 2:0.

Bezirk Chemnitz. Wacker—B.f.R. 3:3. Plaue Edelweiß—Friesen 0:3. Rapid—Vorwärts Lugau 3:1.

Handballresultate: Pieschen 1—Löbtau 1 4:0. Fortschritt 1. Jugend—Kleincarsdorf 1. Jugend 3:0. DSB. 1—Wölfnitzdorf 1 10:3. Neustadt 2—Klotzsche 1 0:3 (wegen schlechten Wetters abgebrochen). Neustadt 3—Plauen 2 8:1. Auswahlmannschaft A.—B. 8:4. B. technisch besser, konnte dadurch den Sieg sicherstellen. Löbtau 1. Sportlerinnen—Fortschritt 1 1:3. Neustadt 1. Sportlerinnen—DSB. 1 0:0. Döhlen 2—Weißig 2 3:2. Städtemannschaft 9. Bez.—Döhlen 1 2:4. Radebeul 1—Kötzschenbroda 1 0:0 (abgebrochen wegen schlechten Wetters).

Arbeiter-Athleten Groß-Dresden. Durch Ausscheidungskämpfe im Ringen für die Städtemannschaft wurden am vergangenen Sonntag endgültig die ersten Vertreter festgelegt. In hochwertigen Kämpfen, welche auch großes Interesse bei den zahlreich erschienenen Gästen erweckten, gelang es, die Besten des Bezirks einwandfrei zu ermitteln, und wir sind fast überzeugt, daß bei den Kämpfen im kommenden Jahre diese junge Mannschaft uns alle Ehre bereiten wird. Erfreulicherweise waren alle Kollegen, welche gemeldet waren, restlos und pünktlich an der Matte erschienen. Dem Kampfgericht, an welches beim Ringen große Anforderungen gestellt werden, müssen wir in Zukunft erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Die 1. Dresdner Städtemannschaft setzt sich wie folgt zusammen:

Fliegengew. Koll. Alfred Steglich, Kft.-Sptv. Hellonia,
Bantamgew. Koll. Willi Thümmel, Kft.-Sptv. Sandow,
Federgew. Koll. Hans Wittwer, Kft.-Sptv. Sandow,
Leichtgew. Koll. Erich Buch, Kft.-Sptv. Sandow,
Leichtes M. Koll. Willi Fleischer, Kft.-Sptv. Simson Freital,
Schweres M. Koll. Hans Gießmann, Kft.-Sptv. Sandow,
Schwergew. Koll. Rudolf Ehrt, Kft.-Sptv. Sandow.

Versammlungskalender

Erwerbslose des Bezirks Pirna. Dienstag den 9. März, vormittags 10 Uhr, wichtige Versammlung.

Ortsgruppe Freital. Dienstag den 9. März, abends 8 Uhr im Restaurant „Bergkeller“ wichtige Gruppenversammlung. — Die Sitzung der Stadtverordnetenfraktion fällt zugunsten der Versammlung aus.

Rote Jungfront, Abteilung 2. Am Mittwoch den 8. März, abends 8.30 Uhr findet im „Keglerheim“, Dresden-A., Friedrichstraße, unsere Generalprobe statt. Sämtliche Mitspieler und Statisten, auch solche von anderen Abteilungen, haben pünktlich mit dem nötigen Theatermaterial zur Stelle zu sein. Die an diesem Tage stattfindenden Werbeumzüge sind für uns nicht maßgebend.

Rote Jungfront, Bautzen. Montag, abends 7.30 Uhr, Versammlung in der Quelle, Lauenstraße.

— **Freidenker Gruna, Seidnitz, Reick.** Montag, 8. März, abends 7.30 Uhr in Haubolds Restaurant Versammlung mit Vortrag der Genossin Krieger: „Frauenkrankheiten und ihre Bekämpfung“. Gäste willkommen.

Amtliche Bekanntmachungen

— Freital —

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Freitag, den 12. März 1926, abends 7 Uhr,
in der Aula der neuen Gewerbeschule.

Tagesordnung:

Wohnungsbauprogramm 1926 mit Lichtbildervortrag des Oberregierungsrats Dr. Rusch, Dresden.

Freital, am 5. März 1926.

Der Stadtverordneten-Vorsteher
(gez.) Bölkel.

Freibank. Dienstag, den 9. März, ab 8 Uhr vormittags beginnt der Verkauf von Rindfleisch in rohem Zustande in Freital-Potschappel, im früheren Feuerwehrhof. Preis pro Pfund 50 Pfg.

Rat der Stadt Freital, 4. März 1926.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden

Die Versammlung der Aussetzer der Firma „Universelle“ findet nicht Mittwoch, sondern **Donnerstag den 11. März, nachmittags 4 Uhr**, statt.

Achtung! Nur reelle Ware — keine Magazinarbeit

1 Auflegematratze (rot)	von 45.00 ℳ an
1 Chaiselongue . . .	von 50.00 ℳ an
1 Sofa	von 90.00 ℳ an

Sämtliche Reperaturen ebenso preiswert
Komme auch ins Haus — auch auswärts

Gen. Hans Schade, Dresden-Löbtau, Flußstraße 12

JULIUS ARNOLD
FREITAL
Untere Dresdner Straße 94
Lederhandlung und Felleinkauf
Därme und Gewürze zum Hausschlachter

Schuhbedarfsartikel- und Lederhandlung
Dresden-Altst., Augsburger, Ecke Jakobistraße
empfiehlt zu wieder sehr günstigen Preisen im
Ausschnitt feine echte **Kernledersohlen**
nach mitgebrachten Modellen, wodurch noch besonders verbilligt

Theater am Wasaplatz
Allabendlich 8 Uhr
Liebe und Trompetenblasen
Lustspiel in 3 Akten von Gnim und Dachritz
Vorzugskarten aufgehoben, dafür Preise herabgesetzt
Sonntags keine Preiserhöhung!

Tymians Thalia-Theater Täglich 8 Uhr
Das einzige wirkliche Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntags gültig

ZEISS Punktal-Gläser
CARL ZEISS JENA
Otto Reuscher
Staatl. gepr. Optiker - Pirna - Fernspr. 321
Lieferant sämtlicher Krankenkassen

Die guten Saftwürstchen,
die guten Altdeutschen Würstchen,
die gute Knoblauchwurst
täglich frisch von 4 Uhr ab warm
Emil Paul, Fleischermeister, Pirna, Markt 14

Leser
beruft euch bei Einkäufen auf die
„Arbeiterstimme“!

Chem. Wäscherei u. Färberei
von M. Schubärth
Bautzen, Fabrikstr. 10
reinigt und färbt alles!
Preise für Reinigen
Garantiert in Benzin

1 Damenkleid . . .	3.— bis 4.50 Mk.	
1 seid. Kleid . . .	5.— „	6.50 „
1 Kostüm	4.50 „	5.50 „
1 Bluse	1.75 „	2.50 „
1 seid. Bluse . . .	2.— „	2.75 „
1 Anzug	4.50 „	5.50 „

usw.
Kürzeste Lieferfrist
Annahmestellen:
Bautzen: Steinstr. 2, Unterm Schloß 4 — Zittauer Weberstr. 34, Bautzner Str. 14 - Neugersdorf: Hauptstraße, Milchgeschäft Heinrich - Kirschau: bei Hans O. Büttner, Fabrikstr. — Radeberg: bei Hans K. Vycpalek, Dresdner Str. 25 — Bischofswerda: A. Schönharth, [illegible]

Wo kehren die Genossen in Dresden ein??
Im „Liliengarten“, Liliengasse 25

Fahrräder
nur beste Marken wie Göricke, Aegler, Amato usw.
mit voller Garantie von 105.— Mark an, sowie
sämtliche Zubehörteile
kaufen Sie vorteilhaft nur bei
Walter Pietschmann, Bautzen
Wilthener Str. 43 (neben Gasthaus „Heiterer Blick“)
Fachgemäße Ausführung aller Reparaturen
Beachten Sie bitte mein ständiges Inserat im „Führer durch die Bautzener Geschäftswelt“

Lichtspiele Freiberger Platz
Diese Woche bis Montag: Das neue sensationelle Programm

Der Schützling des Todes
Mary, die Heldin der Prärie
Sensationelles Original-
Wild-West-Drama

Bummellotte
6 Akte a. d. Nachtleben einer Großstadt
In der Hauptrolle
MARIA ZELENKA
rühmlichst bekannt als Hafenlore

Dazu
Er Harold Lloyd **im Druck! Trianonwoche** Die neuesten Ausland-Ereignisse
Einlaß 4, 6, 8¼, Sonntags 3 Uhr

VORWÄRTS KVD
Abgabe nur an Mitglieder
Feinster gemahlener Zucker
28 Pfennig je Pfund
gibt ab
in allen Verteilungsstellen
Konsumverein Vorwärts